Schmidt droht mit Steuern - Brandt fordert 'Maßhalten' -
DGB - Führer ziehen am gleichen Strick

ORGANISIERTER LOHNRAUB!

Seite 2

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

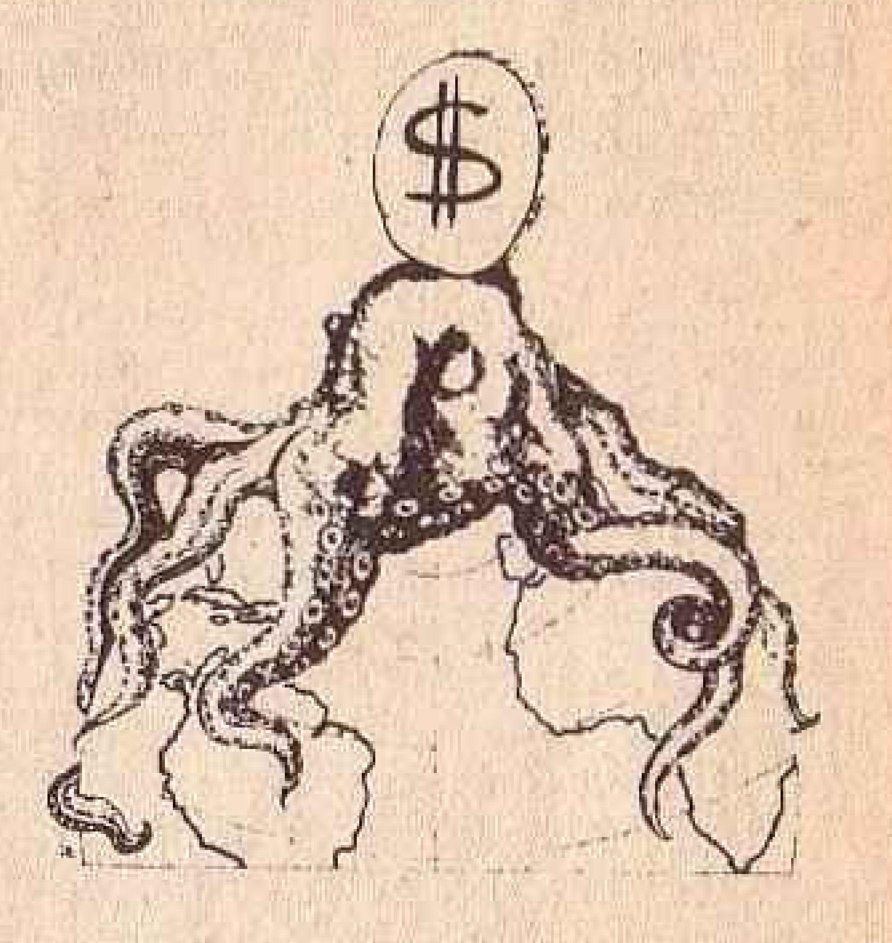
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 31. Dezember 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

Streikwelle beginnt!
Erste Warnstreiks in mehreren Branchen!

Die Millionen spüren ihre Kraft

Sieg im Volks krieg!





Nixon behauptete vor keinen 2 Monaten, der Frieden in Vietnam sei in greifbarer Nähe. Sofort nach seiner Wiederwahl liess er Kissinger 172 neue Änderungsforderungen an das 9-Punkte-Abkommen gegenüber der nordvietnamesischen Verhandlungsdelegation stellen. Angeblich seien das alles 'Detailfragen' gewesen.

Im Dezember liess dann die US-Verbrecherbande ihre Friedensmaske offen fallen. Hunderte von B-52-Bombern, jeder mit 30 Tonnen Bomben an Bord, überquerten den 20. Breitengrad und brachten Mord und Zerstörung über die DRV. Die mit Laserstrahlen gelenkten Bomben zerfetzten hunderte von Zivilisten, Frauen, Kinder, Alte. Mit Jagdbombern wurden die Häfen neu vermint. Der 5. atombetriebene, größte amerikanische Flugzeugträger, die 'Enterprise', wurde vor die Küste gebracht.

Jeder Deutsche soll sich darüber klar sein: Die Terrorbombardements der amerikanischen und englischen Flugzeuggeschwader im

In den Betrieben heisst es: MACHT'S WIE 69!

Bereits vor den Wahlen kündigte sich die mächtige Streikbereitschaft in den Betrieben an: Streik der Kranführer bei Klöckner/Bremen, Streik bei Enka-Glanzstoff, Streik im Bochumer Verein für 50 Pfennig innerbetriebliche Lohnerhöhung, Streik in mehreren Werken von KHD gegen die Weihnachtsgeldkürzung usw. Das war nur ein Auftakt. Jetzt heißt es: Heraus zum Streik!

Die 60 Pfennig/11%-Forderung der IGM-Spitze stiess überall in den Betrieben auf Ablehnung. In Wolfsburg unterstrichen die Arbeiter der Halle 17 bei VW mit einem Warnstreik ihre Kampfbereitschaft gegen den geplanten Lohnraub. Mit Arbeitsniederlegungen und Versammlungen protestierten ebenfalls Mitte Dezember die Belegschaften der 3 'Südwestfalen AG'-Werke. Kurz vor Weihnachten hatten die Arbeiter und Angestellten der Düsseldorfer Klöckner-Drahtwerke mit einem geschlossenen mehrtägigen Streik gezeigt, dass jeder 'Masshalte-Apell' an die Werktätigen in die Hose gehen wird.

Die IGM-Spitze musste zur Urabstimmung von Nordrhein-Westfalen aufrufen. Das war die erste Urabstimmung in diesem Bereich seit 14 Jahren. Über 90% der abstimmenden Kollegen waren für Streik. Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IGM, liess daraufhin folgenden Spruch los: Die hohe Beteiligung an der Urabstimmung sei "ein grossartiger Vertrauensbeweis" für die Tarifpolitik der IGM. Das ist doch der Hohn!

Eines ist auch klar: Die Urabstimmung für Streik heisst noch lange nicht, dass die Gewerkschaftsführung den Streik organisieren und führen wird. Der Hauptvorstand hat alle Mittel in der Hand, nach Belieben örtliche Streiks abzublasen, neue 'Verhandlungsrunden' anzusetzen und in Geschäfte mit dem Schlichtungsbetrug einzusteigen.



Streiks der Saarkumpel 1969

Das 5,6%-Angebot der Metallindustriellen fordert eine klare Antwort: Keine 7, keine 8, keine 9 und keine 11%. Was wir fordern müssen, ist, dass die Preistreibereien ausgeglichen werden und wirkliche Lohnerhöhungen herauskommen! Die Kapitalisten sitzen diesmal recht in der Klemme! Anders als 1971 sind diesmal die Lager nicht bis zum Überlaufen voll. Aussperrungsdrohungen nutzen wenig; die Lieferfristen der Kapitalisten bedeuten bei Streiks und Aussperrungen ebenfalls Profitverlust.

Die Kapitalisten und ihr Staat haben bei ihrer Lohnraubrechnung eines vergessen: Die gewachsene Kraft der Millionen des westdeutschen und westberliner Proletariats. Und die Kapitalistenknechte in der Gewerkschaftsführung müssen ein zweites Mal den Wind des September 1969 verspüren.

1,50 DM = 20%!

1250 DM MINDESTNETTO-LOHN

600 DM MINDESTLOHN FÜR LEHRLINGE!

STREIKRECHT FÜR LEHRLINGE!

STÄRKT DIE OPPOSITION IN DEN DGB-GEWERKSCHAFTEN!

2. Weltkrieg, die Berlin, Hamburg, Dresden, Dortmund, usw. usf. in Schutt und Asche legten, waren nichts im Vergleich zu dem heutigen Wüten des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Jeder Deutsche soll sich daran erinnern, daß Hitler damals in der kommenden Niederlage nur noch einen Ausweg sah: Die barbarische Politik der verbrannten Erde! Wenn schon der Sieg der Völker nicht aufzuhalten ist, so will der untergehende Imperialismus wenigstens noch versuchen, mit einem Meer von Blut und Bergen von Asche die Völker der Welt einzuschüchtern.

Aber jeder neue Tag zeigt, daß er damit nur das Gegenteil erreicht. Ungebrochen verteidigt das vietnamesische Volk seine Heimat und über die ganze Welt fegt ein Aufruhr der Empörung gegen die US-Verbrecher.

Jeder Deutsche, der aus der Geschichte unseres Landes gelernt hat, muß sich aufgerufen fühlen. Treten wir entschlossen den wahnsinnigen US-Kriegsverbrechern entgegen! Wer hier nicht kämpfend Stellung nimmt, macht sich mitschuldig am Völkermord!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

(Weitere Artikel auf S. 6 und 7)

Wer sind die Verbrecher?

Hauptverfahren gegen E.Aust, Vorsitzender der KPD/ML eröffnet!



Ernst Aust
1. Vorsitzender

Ist der ein Verbrecher, der einem Massenmörder in den Arm schlägt, der alles unternimmt, um ihn am weiteren Morden zu hindern, oder der, der ihn praktisch oder moralisch unterstützt?! Für die Völker der Welt, für jeden gerecht denkenden Menschen, kann das keine Frage sein. Und so ist es denn auch kein Wunder, daß anläßlich des wiederaufgenommenen Bombenterrors des USA-Imperialismus gegen die DR Vietnam, dem kaltblütig geplanten Morden an Frauen und Männern, Kindern und Greisen, wieder ein Sturm der Empörung um die Welt geht.

Demonstrationen ,Streiks gegen US-Schiffe, Boykott amerikanischer Waren, Anschläge auf US--Botschaften, ja selbst bürgerliche Regierungen wie die Frankreichs und Schwedens sind gezwungen, den erneuten Bombenterror der USA ein Verbrechen

ORGANISIERTER LOHNRAUB!

Schmidt droht mit Steuern - Brandt fordert 'Maßhalten' - DGB - Führer ziehen am gleichen Strick

In seiner ersten Regierungsrede im neuen Bundestag forderte Brandt die 'Tarifpartner' auf, um der Stabilität willen in nächster Zeit 'Noch mehr als sonst ihre Mitverantwortung für das Ganze zu berücksichtigen'. Diese Maßhalte-Appelle kennt der Arbeiter schon zur Genüge. Was damit gemeint ist, spürt er täglich deutlicher an seinem Geldbeutel: Er spürt ihn immer weniger.

In der gleichen Rede äussert Brandt, die 'Unternehmer' müssten zu einer stabilitätsorientierten Politik finden. Sollte etwa Brandt gegen die Preistreiberei der Kapitalisten auftreten? Wo er doch noch vor den Wahlen einem Spiegel-Interviewer stolz erklärte: "Welchen Unternehmern ist in drei Jahren sozial-liberaler Koalition zu nahe getreten worden?" (Spiegel 40/72). Natürlich bezweckt ein Masshalteappell eines Willy Brandt das Gleiche, wie die Masshalteappelle eines einstigen Ludwig Erhard. Den Beweis liefert die Bundesregierung gleich mit.

Brandt erklärte, die Mitverantwortung für das Ganze gelte besonders für den öffentlichen Dienst. Das Gleiche erklärte kurz vorher der Präsident der Deutschen Bundesbank. Dieser meinte, von den Ergebnissen der Lohnverhandlungen im ÖTV-Bereich ginge eine 'Signalwirkung' für die folgenden Tarifabschlüsse aus.
Nun, wie soll diese Signalwirkung nach Meinung der Bundesregierung aussehen? Des Kanzlers Finanzminister Schmidt redet gleich Fraktur und droht den Millionen Arbeitern und Angestellten, die im Lohnkampf stehen:

Die Steuererhöhung (genannt 'Konjunkturzuschlag' von ca. 10%) sei noch nicht fest, sie sei 'denkbar, möglich und vielleicht sogar nötig'. Schmidt erklärt, daß diese Steuererhöhung 'vom Ausgang der bevorstehenden Tarifverhandlungen abhänge'. Die Bundesregierung 'dürfe ... sowohl gegenüber den Ländern und Gemeinden, als auch gegenüber den Gewerkschaften keinen Zweifel darüber lassen, daß ihr Spielraum ... außerordentlich begrenzt sei. Bei Löhnen und Gehältern dürften nicht die gleichen Zugeständnisse gemacht werden wie in den vergangenen zwei oder drei Jahren'. (aus: Tagesspiegel, Westberlin).

Nach Schmidt kommt nun Parteifreund Kluncker vom Hauptvorstand der OTV an die Reihe. Hier handelt es sich ja um einen 'Tarifgegner' der Bundesregierung, die ja den 'Arbeitgeber' von 1,3 Millionen Arbeitern und Angestellten in Bund, Ländern und Gemeinden vorstellt. Und was sagt SPD-Kluncker, der vor kurzem noch grosse Töne spuckte? "Die OTV geht davon aus, dass sie bei den kommenden Tarifauseinandersetzungen weniger Verhandlungsspielraum hat als sonst" und "Wir haben nie den Ehrgeiz gehabt, eine Lohnführerrolle zu spielen". (Süddeutsche Zeitung, 16. 12.).

Also OTV-Boss Kluncker pariert. Der Masshalte-Appell wird klar verstanden. Er soll mit besonders niedrigem Abschluss ein 'Signal' setzen.

Aufgepaßt Kluncker! Die 1,3 Millionen Arbeiter und Angestellten aus dem öffentlichen Dienst kämpfen gemeinsam mit Millionen Metallarbeitern, Arbeitern aus der Stahl- und Eisenbranche usw. Wie kaum je zuvor tritt die Arbeiterklasse in großer Zahl in den Lohnkampf. Da wird es andere Signale geben, als sich Regierung und Gewerkschaftsführer das vorstellten!

WER SOLL HIER MASSHALTEN?

Wie verhält es sich denn mit den Masshalteappellen der Regierung Brandt an die 'Unternehmerseite'? Die Regierung ist ja selbst 'Arbeitgeber' der OTV-ler. Und so versteht sie die 'Preisdisziplin auf Seiten der Arbeitgeber':

Am 22. Dezember beschliesst die Koalition Preiserhöhungen bei der Bundesbahn. Sie sollen ab 28. Januar in Kraft treten. Durchschnittlich sollen 10 % Preissteigerungen rauskommen! Rückfahrten sollen um 12,4 % teurer werden und die Sozialtarife um 5,1 % steigen. Monatskarten der zweiten Klasse können bis zu 20,6 % teurer werden! Schüler müssen nach diesen Plänen unter Umständen bis zu 45,1 % mehr bezahlen! (WAZ, 21. 12.).

Wer soll also zahlen? Die Millionen Werktätigen, die Lehrlinge und Schüler, die Tag für Tag im Nahverkehr zur Arbeitsstelle und Schule fahren!

Aber es geht noch weiter. Die Regierung hat dem Verwaltungsrat der Bundesbahn weitere Freiheit der Preistreiberei gestattet. Und schon hört man aus dem Verwaltungsrat, dass eine weitere Erhöhung der Bahntarife im Jahre 1973 'sehr wahrscheinlich' ist. (Frankfurter Rundschau, 20. 12.)!

Auch die Rundfunk- und Fernsehgebühren sollen 1974 von 8,50 auf 12,--DM erhöht werden. Macht 41 % Preiserhöhung!

IST DER STAAT NEUTRAL?

Brauchen die Kapitalisten solche 'Signale' für die Preistreiberei, wie sie die Bundesregierung selbst liefert? Die Kapitalisten brauchen diese Regierung nur zu einem: Die Regierung wie die ganze Bonner Schwatzbude soll die Millionen Arbeiter und Angestellten, die jetzt im Lohnkampf stehen, auf die Lohnleitlinien des Stabilitätspakts zwingen (siehe RM Nr. 25). Mit dem lügnerischen Gerede aus Bonn: 'Beide Seiten müssen Abstriche machen' soll der Lohnraub durchgesetzt werden. Diese Regierung, dieser Staat steht aber keineswegs 'in der Mitte' zwischen Kapital und Arbeit. Es gibt da keine Mitte.

Auf der einen Seite stehen die Handvoll Kapitalisten und ihre Sachwalter von Staat und Gewerkschaftsführung. Auf der anderen Seite die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk.

Die Millionen Werktätigen, die jetzt im Kampf gegen den Lohnraub stehen, erkennen zunehmend, dass diese Regierung kein bisschen weniger übel ist als eine Regierung Erhard zuvor. Mit scheinheiligen Masshalteappellen an 'beide Seiten' soll die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten unterhöhlt werden. In der konzertierten Aktion werden schon längst 'Orientierungsdaten' ausgemauschelt. Die angeblich 'neutralen' staatlichen Schlichter stehen bereit, zwischen den 'Tarifgegnern' im Sinne des Kapitals zu 'schlichten'. Diesen Machenschaften muss der unerbittliche Kampf angesagt werden.

In selbständigen Streik- und Kampfaktionen werden die Arbeiter lernen, auf ihre eigene Kraft zu vertrauen, und sie werden erkennen, dass sie nicht nur ohne die falschen Freunde in Staat und Gewerkschaftsführung, sondern gegen diese Kapitalistenknechte kämpfen müssen.

Aus einem solchen Kampf wird auch das Bewusstsein erwachsen, dass der endgültige Sieg erst mit dem Sturz des bürgerlichen Staates, mit dem Sturz der Kapitalistenherrschaft erreicht werden wird, dass dann die Diktatur des Proletariats über die Preistreiber und Volksausplünderer der Lohnsklaverei ein Ende setzen wird.

KAMPF DEM LOHNRAUB! 1,50 DM DIE STUNDE MEHR!

NIEDER MIT DER LOHNSKLAVEREI!

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE DEUTSCHE RÄTEREPUBLIK!

NIEDER MIT DEM PARLAMENTARISCHEN SCHWINDEL!

Kämpft für die Wochenzeitung ROTER MORGEN!

Freunde, Genossen! Auf der Dezembertagung fällte das Zentralkomitee der KPD/ML in Bezug auf den ROTEN MORGEN unter anderem folgende Beschlüsse:

" 1. Der ROTE MORGEN erscheint mit der ersten Januarnummer des Jahres 1973 als Wochenzeitung. Die erste Januarnummer wird wegen der Umstellungsbedingungen am 14. Januar erscheinen."

Genossen, der Sprung zur Wochenzeitung ist ein historisches Ereignis in der Entwicklung unserer Partei. Die wöchentliche Herausgabe unseres Zentralorgans bedeutet wesentlich mehr, als aktuellere und umfangreichere Information, Propaganda und Agitation. Der Übergang zur Wochenzeitung ist ein Ausdruck der höheren Stufe, die die gesamte Partei im Aufbau nimmt. Das wöchentliche Erscheinen des ROTEN MORGEN wurde notwendig durch die Aufgaben, die der wachsende Klassenkampf und die fortschreitende Entwicklung der Partei gestellt haben.

So gesehen ist klar, dass die Parteigenossen und alle aufrichtigen Kommunisten in unserem Land und auch über die Grenzen unseres Landes hinaus in diesem Schritt der Partei zurecht erkennen: die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN ist unaufhaltsam auf dem Weg, die gestellten Kampfaufgaben anzupacken und die weitere Bolschewisierung und Zentralisierung der KPD/ML voranzutreiben.

Genossen, der Kampf für unsere kommunistische Wochenzeitung ROTER MORGEN, für das Zentralorgan der KPD/ML, muss noch begeisterter und tatkräftiger geführt werden!

Das ZK hat damit begonenn, selbstkritisch an die Ausmerzung noch vorhandener Schwächen unseres Zentralorgans zu gehen.

" 3. Das ZK stellt fest, daß mehr als bisher der ROTE MORGEN zum unmittelbaren Organ des ZK gemacht werden muß. Mehr als bisher muß die politische Linie auf der Grundlage des Programms unserer Partei und der Anleitung des täglichen Kampfes herausgearbeitet und festgelegt werden."

Genossen, jeder von uns ist aufgerufen, seine Stellung zum Zentralorgan unserer Partei zu überdenken. Die Haltung der Parteigenossen zum Roten Morgen spiegelt die Haltung zum Aufbau der bolschewistischen Partei wieder. Alle individualistischen oder lokal-begrenzten Auffassungen unserer Arbeit müssen abgelegt werden. Unser Zentralorgan muss noch mehr zum **kollektiven** Propagandisten, Agitator und Organisator der Partei und der Bewegung werden.

Die bolschewistische Partei ist ein straffer, militärischer Kampfstab der Arbeiterklasse. Dieser Kampfstab muss sich eng um seinen Führungskern zusammenschliessen. Unsere Partei muss einheitlich und geschlossen marschieren und im Kampf ständig ihre Reihen neu ausrichten und festigen. So wird das Instrument der Arbeiterklasse geschaffen, das fähig ist, den Kampf zum Sturz des kapitalistischen Ausbeuterstaates zielstrebig anzuführen.

Diese weitere Bolschewisierung der KPD/ML braucht eine führende Stimme, ein Organ, das gleichzeitig Sprachrohr und Führer der unterdrückten Volksmassen ist. Diese Aufgabe wird der ROTE MORGEN von Woche zu Woche besser erfüllen. Genossen, nehmt aktiv teil an diesem Aufbauwerk!

" 4. Das ZK beschließt, den Preis des Zentralorgans weiter auf 50 Pfennig zu belassen. Gleichzeitig soll vorerst die normale Ausgabe 8 Seiten umfassen. ... Die Erhöhung der Seitenzahl kann erst nach Vorlage eines entsprechenden Finanzplans erfolgen."

Leser, Freunde und Genossen, die Finanzierung des ROTEN MORGEN ist nach wie vor ein grosses Problem. Helft mit, unser Zentralorgan auch weiterhin durch verstärkten Verkauf, durch Abonnentenwerbung, durch eigene Spenden und der Organisierung von Spenden und durch pünktliche Bezahlung finanziell abzusichern. Gegen die Anschläge des Klassenfeindes muss jetzt auch in finanzieller Hinsicht vorgesorgt werden. Wir danken an dieser Stelle nochmals allen Spendern, die durch ihre Opferbereitschaft entscheidend mit dazu beigetragen haben, den notwendigen Schritt zu vollziehen, den Schritt zur kommunistischen Wochenzeitung ROTER MORGEN!

Hast du deine Waffe schon erkannt?
Halte hoch im Kampf den ROTEN MORGEN!
Trag ihn täglich über Stadt und Land
Deine scharfe Waffe: ROTER MORGEN!

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

29. 11.	U.S., Eckernförde	10,--
29. 11.	Genossen aus Bremen	200,--
29. 11.	Genossen aus Augsburg	22,70
30. 11.	Ein Genosse aus Würzburg	20,--
30. 11.	W.K., Essen	10,--
30. 11.	Sammlung auf Veranstaltung 'Kapitalismus oder Kommunismus' in München	101,20
4. 12.	G.M., Marburg	100,--
4. 12.	W.F., Hamburg	50,--
5. 12.	D.V., Wattenscheid	20,--
5. 12.	Zwei oppositionelle Gewerkschaftler	200,--
5. 12.	Ein oppositioneller Gewerkschaftler aus Essen	20,-
5. 12.	Ein Sympathisant aus Bochum	100,--
5. 12.	D.B., Düsseldorf	100,--
5. 12.	KSB/ML Marburg	400,--
6. 12.	anonym, Würzburg	7,--
6. 12.	K.L., Dortmund	4,50
6. 12.	Ortsgruppe Braunschweig	80,--
6. 12.	Sammlung auf Albanienveranstaltung in Westberlin	103,12
7. 12.	U. S., Eckernförde	10,--
8. 12.	Genossen aus Hamburg	32,--
8. 12.	Rote Garde Waldeck	71,--
8. 12.	E.L., Mannheim	10,--
8. 12.	Sammlung auf Veranstaltung in Mannheim	60,10
11. 12.	G.R., Frankfurt/M.	100,--
11. 12.	R.G., Westberlin	13,--
13. 12.	K.H., Hannover	22,--
13. 12.	Stadtteilgruppe Kreuzberg; Westberlin	87,30
13. 12.	Ein Gewerkschaftler aus Westberlin	50,--
14. 12.	U.S., Eckernförde	10,--
		2 013,92

ACHTUNG!
NEUE ADRESSE DER RM-REDAKTION:

G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg; Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust)

Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck.

Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,-- DM für ein Jahr (52 Ausgaben).

Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

INTERVIEW mit Jugendvertreterin S. des Metallbetriebes M. in NRW

RM: Wie siehst Du die Forderungen der grossen Tarifkommission der IGM im diesjährigen Lohnkampf?

S.: Auf die 'Höhe' der Forderungen brauche ich nicht weiter was zu sagen. Jedem Kollegen ist klar, dass da ein Abschluss von höchstens 8 % rauskommen soll. Das bedeutet Reallohnsenkung.

Wichtig ist aber auch, dass man sieht, dass wieder eine Aufspaltung unserer Gesamtkraft durch die unterschiedlichen Forderungen und unterschiedlichen Kündigungen in den Tarifgebieten betrieben wird. Für die stahlerzeugende Industrie wurden 60 Pfennig gefordert, also eine lineare Erhöhung.

Lineare Erhöhung, das wurde schon seit Jahren, kann man sagen, auf vielen Gewerkschaftsversammlungen gefordert. Trotzdem ist die Gewerkschaftsführung in dieser Tarifrunde wieder bei einer Prozentforderung im Metallbereich geblieben. Die Prozentforderung wurde vom Rechtsexperten des Vorstands so begründet: Beim Metalltarif sei das nicht anders möglich, weil sonst das Lohnrahmenabkommen gekündigt werden müsste. Verhandlungen über das Lohnrahmenabkommen würden sich aber 'erfahrungsgemäss' über 1 Jahr hinziehen.

Wie ihr sicher wisst, werden in dieser Tarifrunde Verhandlungen über die Abschaffung der Lohngruppen 1 und 2 geführt, die sogenannten Leichtlohngruppen. Diese sind aber schon seit ca. einem Jahr gekündigt, werden aber erst jetzt in die Verhandlungen mit einbezogen.

Ich finde es vollkommen richtig, dass diese unteren Lohngruppen voll abgeschafft werden. Die Gewerkschaftsbosse sagen aber gleich: "Das könnte auf Kosten der Prozente gehen."

Man sieht also, dass hier grund- wurde das zum einen nicht unterstützt, zum andern wurde die Unterschriftenliste dann einfach ignoriert.

Wenn man dann sieht, wie z.B. für den verstorbenen Radtke im Vorstand ein 'Kollege' nachrückt, der sich sogar schon offen gegen die Abschaffung der Lohngruppen 1 und 2 ausspricht, dann muss man schon starken Zweifel an der Gewerkschaftsdemokratie bekommen.

Wenn man dann noch sieht, wie die Führung und auch viele Betriebsräte mit Ausschlussverfahren gegen Kollegen reagieren, die aktiv und kämpferisch sich einsetzen, oppositionelle Kollegen, die z.B. wie bei Daimler-Benz in Stuttgart 3 000 Stimmen bei den BR-Wahlen bekommen haben und auf einer eigenen Liste kandidieren mussten, weil sie auf die 1. Liste nicht raufgelassen wurden, — dann sieht hier schon was oberfaul aus.

RM: Worauf führst Du eine solche Politik zurück?

S.: Zur Bundestagswahl gab der DGB die Losung aus: Deutschlands schlaffer Riese, der bist Du. Was die Gewerkschaftsführung unternimmt, um dem schlaffen Riesen auf die Beine zu verhelfen, also die jungen und auch älteren Kollegen für den Kampf zu gewinnen, das habe ich ja schon gesagt. Wenn der schlaffe Riese mehr macht, als sein Kreuzchen abzugeben, dann wird ihm gerade von den Herren DGB-Führern ein Bein gestellt.

die Kapitalisten jemals Rücksicht auf unsereins genommen?

Es liegt an dem System

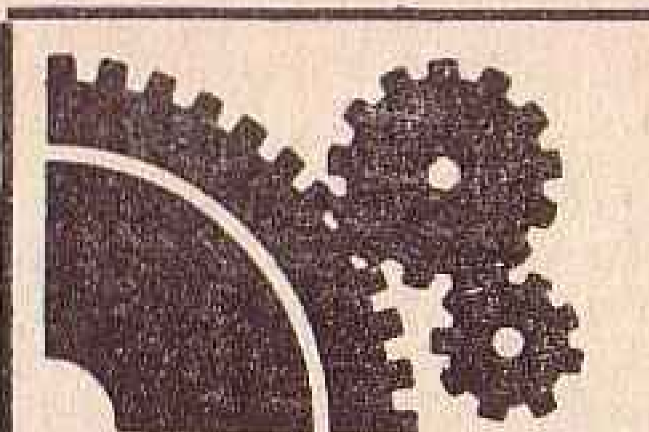
Es liegt eben nicht an der Regierung, es liegt am System. Und wer auf dieses System sich mit beiden Beinen stellt und es als das einzig mögliche hinstellt, der nimmt natürlich auch 'Rücksicht' auf die Herren dieses Systems, die Kapitalisten. Das zeigt sich jetzt wieder klar im Lohnkampf.

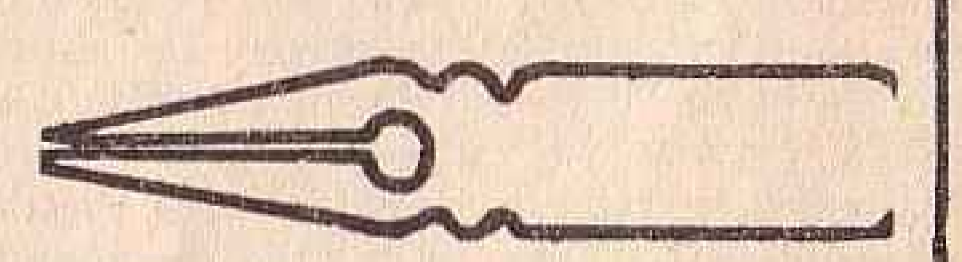
Jetzt, wie ich mir meine weitere Arbeit vorstelle. Klar ist, dass ich meine aktive gewerkschaftliche Arbeit nicht aufgebe und resigniere. Den Fehler haben ja schon viele Kollegen gemacht. Es kommt für mich gerade darauf an, solche Kollegen wieder für den Kampf zu gewinnen.

Ich habe ja schon gezeigt, wie manche Schreibtischtäter in Bewegung kommen, wenn man schon als Einzelner sagt: Ich bringe das öffentlich auf den Tisch, wenn die und die Sauerei nicht abgestellt wird.

Natürlich habe ich auch schon gemerkt, dass dann eine andere Gefahr da ist: die väterliche Umarmung. Man merkt nicht so schnell gleich: dass hier versucht wird, aktive Gewerkschafter aktiv im Sinne der Führung werden zu lassen. Da scheuen die nicht mal davor zurück, mit

Gewerkschafts Opposition





Arbeiterkorrespondenz

An die RM-Redaktion
Genossen

Wir haben in der Nähe von Kempten einen Gelähmten kennengelernt, der alle Segnungen des Kapitalismus mitgemacht hat. Dementsprechend ist auch sein Hass auf das ganze bürgerliche System. Nach einem Gespräch mit ihm entstand folgender Bericht, den der Kollege anschliessend durchgelesen hat und für richtig hält. Druckt ihn bitte ab.

Rot Front!

Im ROTEN MORGEN waren schon öfters Beispiele, dass alte Menschen bei uns im Kapitalismus nichts mehr zählen, weil sie keinen Profit mehr bringen. Aber auch Versehrte werden bei uns in der BRD wie der letzte Dreck behandelt. Das spüre ich jeden Tag am eigenen Leib. Hier nur ein Beispiel.

Zuerst muss ich erklären, dass ich an beiden Beinen gelähmt bin und mich nur im Rollstuhl fortbewegen kann. Von der Sozialhilfe bekomme ich gerade 45,-- DM pro Monat. Die Verpflegung im Heim ist miserabel und immer zu wenig. Die Heimleitung denkt wohl, wir Gelähmten sind überflüssig, deshalb macht es nichts, wenn wir dauernd Kohldampf schieben. Ich bin deshalb gezwungen, jede Arbeit zu nehmen, die ich noch machen kann. Die allermeiste Zeit bin ich sowieso arbeitslos.

Vor ein paar Tagen hatte ich 'Glück' — ich bekam Arbeit. Ich musste Teile zusammenlöten. Aber diese Schweine in der Heimleitung nützen unsere Notlage gründlich aus: **Für 16 Stunden Arbeit bekam ich sage und schreibe 15,-- DM!**

Und unsere Gesundheit ist der Heimleitung keinen Pfennig wert. Bei dieser Arbeit fliegen manchmal winzige glühende Metallteile durch die Gegend. Wenn das in die Augen geht, dann tut das ziemlich weh. Schutzbrillen gibt es keine. Die Werksleitung meint dazu: "Schutzbrillen braucht ihr nicht. Wenn ihr unbedingt welche haben wollt, dann kauft euch welche." — Wohl von den 45,-- DM im Monat?!

BUNDESWEHR RAUS AUS DEM PÜTT

sätzlich überhaupt nicht von der Frage ausgegangen wird, den Kampf zu führen und zu organisieren. Es wird stattdessen eben von vorneherein gesagt: 'Das liegt nicht drin'. Wenn man noch gleichzeitig sieht, dass durch prozentuale Forderungen und durch die Aufspaltung des Kampfes in verschiedene Tarifgebiete hier in den Lohnkampf gegangen wird, muss man sich wieder einmal fragen, ob hier der Kampf oder die Abwiegelei vorbereitet wird.

Demokratisierung des DGB?

RM: S., siehst Du die Möglichkeit, die Funktionäre und leitenden Leute in der IGM zu wirklichen Vertretern unserer Forderungen zu machen?

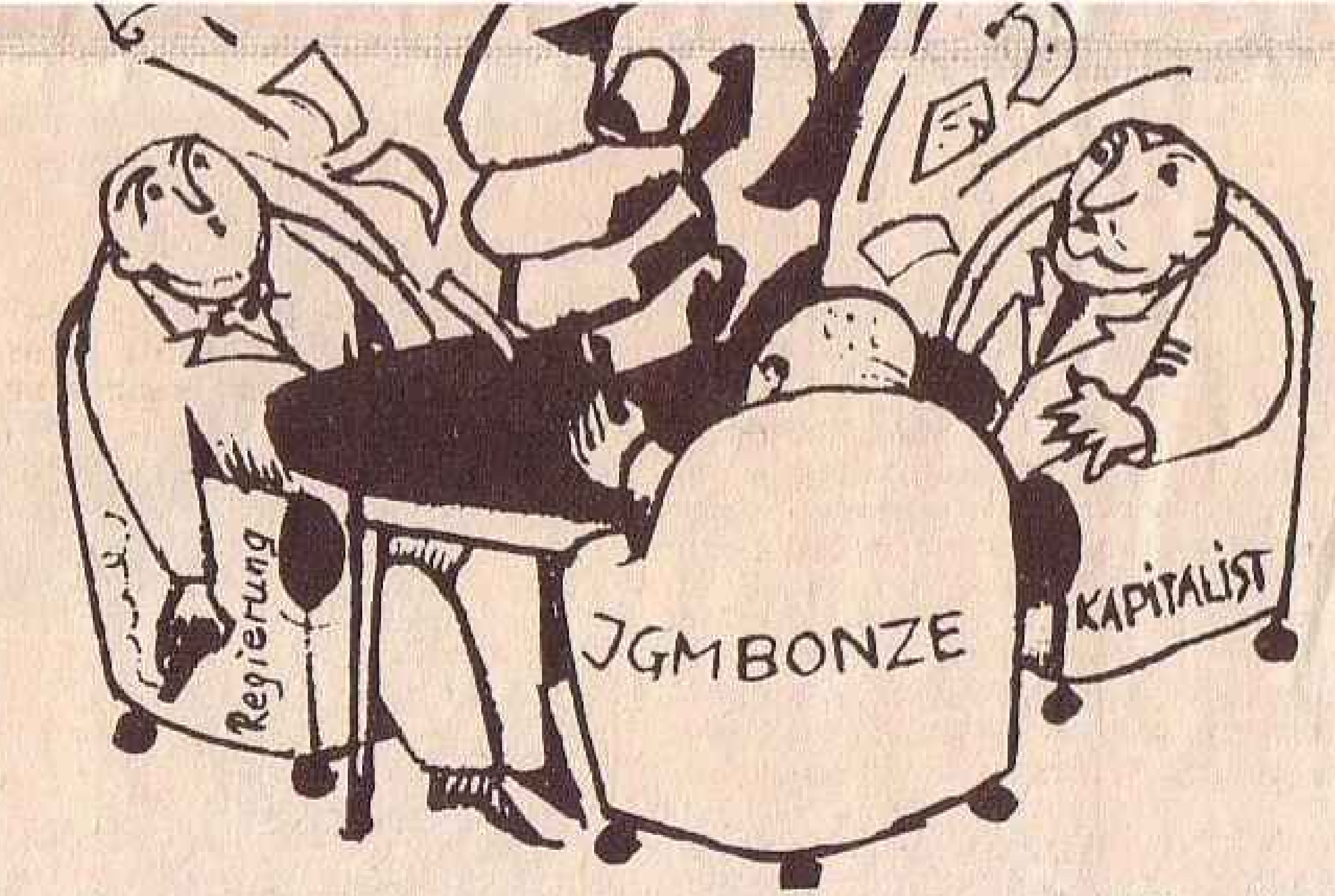
S.: Es wird ja gerade in diesen Kreisen viel gejammert von der Entfremdung zur Basis. Die Frage ist, wie ernst es damit gemeint ist. Bei uns z.B. ist der Betriebsratsvorsitzende alle halbe Jahr einmal im Betrieb zu sehen. Ansonsten hockt er im Stadtrat oder sogar noch im .....* Bei den letzten Betriebsratswahlen hat er auch erhebliche Stimmenverluste abgekriegt.

Aber auch die anderen BR-Mitglieder sehen nicht viel besser aus. Wenn ich da was über den hohen Akkord in einer Abteilung vorbringe, dann heisst es: 'Was, bei uns im Werk?'

Wenn ich sage, dass die Jugendlichen bei uns im Betrieb zur gewohnten Zeit stempeln und dann noch Überstunden machen, die der Meister extra aufschreibt, weil die Jugendlichen eben mit dem Scheisslohn (Lohngruppe I im Metallgewerbe, 15 Jahre 2,44 DM) nicht auskommen, dann sagt der Betriebsrat: "Das ist gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz." Richtig, und wer verhindert, dass die Kollegen mal wirklich ne gute Lohnerhöhung kriegen? Eben diese Gewerkschaftsbosse, die um den Betriebsfrieden so besorgt sind.

Aber der BR unternimmt im allgemeinen nur was, weil sie wissen, dass ich die Sache öffentlich mache, soweit das eben geht. Aber auch diese erzwungene Aktivität hat bei den BR-Mitgliedern seine Grenze.

Als ich vor der Tarifrunde eine Unterschriftensammlung bei den V-Leuten gemacht habe, weil keine Versammlung einberufen wurde, da



Man muss schon davon ausgehen, wie sich die DGB-Führung zu diesem Staat stellt. 1968 z.B. haben sie ja die Streikbereitschaft in den Betrieben gegen die Notstandsgesetze kräftig abgewiegelt. Oder sehen wir mal, wie heute das neue Adenauer-BVG voll unterstützt und hochgejubelt wird, nachdem anfangs sogar noch von einer Opposition gegen das jetzige BVG die Rede war.

Wenn auf Schulungen offen vertreten wird, dass die Rüstungsindustrie notwendigerweise angekurbelt werden müsse, um Arbeitsplätze zu erhalten, und keine Rede davon ist, z.B. statt Kanonenbau im Akkord den 7-Stunden-Tag zu fordern, dann muss man langsam schon sehen: **Diese Führung der Gewerkschaft steht voll hinter der Politik dieses Staates, der immer wieder die Unternehmerinteressen vertritt.**

RM: Du hast vorhin gesagt, dass mit dem Gerede der Bonzen von mehr Gewerkschaftsdemokratie was 'oberfaul' ist. Wie kämpfst Du also als Gewerkschafter, als Jugendvertreter?

S.: Erst möchte ich nochmal klar sagen, dass die Herren Arbeitnehmervertreter in der Führung scheinbar **nicht** davon ausgehen, dass zwischen Arbeit und Kapital grundsätzlich verschiedene Interessen bestehen. Man kann dem einen nur was geben, wenn man es dem andern nimmt. Immer wieder aber hört man: 'Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage ... Wir sitzen letztlich im gleichen Boot ...' usw. Wer hat denn aber diese Wirtschaft vergurkt? Wann haben denn 'Vergünstigungen' und 'Aussichten' einen einfangen zu wollen.

Neben der väterlichen Umarmung gibt es aber auch klare Drohungen. Sicher, ich stelle mich in der Arbeit auf das IGM-Statut, aber nur soweit, wie es für die Arbeiter und Gewerkschafter und nicht gegen sie benutzt wird. Wenn Kollegen ausgeschlossen werden, weil sie nicht anders kämpfen können als in einer oppositionellen 'Fraktion', dann muss man eben vorsichtig sein und den Herren Gewerkschaftsführern nicht alles auf die Nase binden.

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung

RM: Wie siehst Du die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung?

S.: Wie gesagt, durch meine Arbeit in der Gewerkschaft lerne ich sehr viel. Ich lerne die täglichen Probleme der Kollegen erkennen und auch bestimmte Kampfaufgaben anzugehen. Aber das geht eben nur zusammen mit den Kollegen und nicht einfach mit einem Statut oder mit dem Apparat.

Ich war jetzt von einem Kollegen aus einem anderen Betrieb eingeladen worden, auf die Gründung der Opposition in den DGB-Gewerkschaften zu kommen. Diese Organisierung aller oppositionellen Kollegen und Gruppen scheint mir gerade jetzt sehr wichtig. Ich finde es auch richtig, wenn dort nicht nur über die Abwiegeleien der DGB-Führer gesprochen wird und der selbständige Kampf organisiert wird. Es ist auch gut, dass dort über die politischen Hintergründe gesprochen wird. In den Schulungen der IGM, auf die ich natürlich immer noch gehe, wird ja auch über Politik geredet. Nur wird dort vor allem über die Politik der Sozialpartnerschaft' und der 'sozialen Marktwirtschaft' geschult.

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung sehe ich darin, dass immer mehr Kollegen eben von dieser Ideologie sich befreien und so erst richtig aktiv werden können. Dazu braucht man gerade auch eine Organisation wie die Gewerkschaftsopposition.

Von dort aus wird der notwendige Kampf gegen das Kapital und die Bosse geführt und zwar von Gewerkschaftlern, die erkannt haben, dass mit dieser Gewerkschaftsführung eine wirksame und wirkliche Interessenvertretung nicht gewährleistet ist. Die Gewerkschaftsopposition dürfte meiner Meinung nach nicht ausserhalb der Gewerkschaften stehen, weil dort eben noch die meisten Kollegen organisiert sind. Sie muss aber gerade dort, die 'Gewerkschaftslegalität' brechen, wo die Bonzen die Schranken setzen. Denn nehmen wir z.B. die 'Friedens- und Schweigepflicht' im neuen BVG: Wenn ich mich daran halten würde, wie die Gewerkschaftsbonzen (die meisten) es im Betrieb tun, dürfte ich meinen Mund fast gar nicht mehr aufmachen, dann könnte ich mich gleich eingraben und dann brauchten mich die Kollegen gar nicht als Jugendvertreter wählen. Für Klopapier braucht man nicht unbedingt Jugendvertreter und Betriebsräte.

Man muss sich aber auch für die täglichen kleinen Sachen einsetzen, gerade bei den Kommunisten, die auch in der GO sind, habe ich das gemerkt, die übersehen nichts, die wissen genau, dass für den Kollegen auch die Handwaschpaste wichtig ist.

Ich bin sicher, dass die Gewerkschaftsopposition bald raschen Zulauf bekommt und so Schritt für Schritt den Arbeiterverrätern in der DGB-Führung und im Apparat das Wasser abgegraben wird.

Und noch was zur diesjährigen Metalltarifrunde. Die Organisierung der Opposition zeigt jetzt schon, das hier auf jeden Fall bereits ein grosser Erfolg für die Arbeiter erreicht wurde.

* Wir nennen den Posten aus Sicherheitsgründen für Kollegin S. nicht.

Es passierte vor wenigen Tagen auf 'Minister Stein', einer Zeche in Dortmund. Die Kumpels trauten ihren Augen nicht. Krochen da plötzlich 24 Unteroffiziere in Schicht IV herum. Was wollten die Grauen auf der Zeche?

Die DAG-Betriebsgruppe hatte sie eingeladen. Und nicht genug damit, bekam Oberfeldwebel Gross auch noch einen Ehrenhäckel überreicht. Geschenke für die, die unsere Jungs in den Kasernen durch den Dreck schleifen und sie auf den nächsten Krieg drillen!

Aber es glaube keiner, so was gäbs nur bei der Angestelltengewerkschaft! Wenns drum geht, sich für die 'Verteidigung des Vaterlands' stark zu machen, sind die sauberen IGBE-Bonzen keinen Deut besser.

Karl-Heinz Zydek zum Beispiel, freigestellter Betriebsrat auf Prosper III/IV, einer Zeche in Bottrop, macht nicht nur Werbung für das Militär, er sitzt sogar selbst im Musterungsausschuss des Kreiswehrersatzamtes.

Diese Stiefelknechte sollen bloss nicht glauben, sie könnten mit solchen Sachen uns Arbeitern die Bundeswehr 'näherbringen'. Wir hassen diese Kapitalistenarmee wie eh und je.

Und wenn wir eines Tages mit dem Gewehr in der Hand unsere Unterdrücker zum Teufel jagen, dann werden wir mit Sicherheit auch noch eine Kugel für das Bonzenpack bereithaben, das uns heute den Imperialisten ans Messer liefern will.

TÜRKISCHEN ARBEITERN DROHT ABSCHIEBUNG

Im Sommer 1972 demonstrierten 5.000 türkische Arbeiter in Hessen. Sie protestierten gegen die drohende Abschiebung, denn zigtausende von Türken reisten illegal in die Bundesrepublik ein. Schuld daran tragen die berufsmässigen Menschenhändler, die sich von 'illegalen' Türken zusätzliche, steuerlose Profite versprechen. Schuld daran trägt auch die faschistische Regierung in der Türkei, deren angeblich 'nationale' Politik den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten betreibt. Und unsere 'soziale' Regierung wäscht ihre Hände in Unschuld – aber was ist seither geschehen?

Im Sommer versprach die hessische Landesregierung den illegal eingereisten türkischen Arbeitern, sie werde sich dafür einsetzen, dass die Türken eine 'Duldungsbescheinigung' bekommen. Die türkischen Arbeiter könnten mit dieser Bescheinigung weiterarbeiten, bis sie als 'legal' erklärt werden. So sozial im Interesse des Kapitals denkt also diese Landesregierung. Aber für ihren sozialen Vorschlag wollte die Landesregierung auch eine Gefälligkeit von den Türken: Sie sollten sich alle melden.

Das haben dann auch gutgläubig 6.800 türkische Kollegen getan. Sie wurden registriert und konnten bis Winter den Kapitalisten nützlich sein, die Profite zu vermehren. Aber im Winter gibt es wenig Arbeit auf den Baustellen und Schlechtwettergeld wird fällig. Im Winter beginnen die Tarifverhandlungen in mehreren Branchen, und die türkischen Arbeiter könnten auf den Gedanken kommen, gemeinsam mit den deutschen Kollegen gegen den Lohnraub zu kämpfen. Also – ab damit. Die Ware Arbeitskraft ist ausgesaugt, jetzt ist sie lästig.

Ab damit in die Türkei, wo Hunger und Elend, faschistische Henker und Volksausplünderer auf die türkischen Kollegen warten. Da war es nun aus mit der sozialen Landesregierung. Die 6.800 türkischen Arbeiter standen schön säuberlich auf den Meldelisten. Man brauchte sie nur noch den Ausländerbehörden und der Ausländerpolizei übergeben und schon hat man diese gerade überflüssige profitbringende Ware vom Hals. Wozu hat denn die Bundesregierung Ausländergesetze im Oktober verabschiedet, mit denen jeder Ausländer, der unprofitabel oder gar widerspenstig wird, ausgeliefert werden kann?! – Also, ab damit!

So denken die Kapitalisten und ihre Handlanger. So dürfen niemals die Arbeiter selbst denken. Mit allen Mitteln versucht die bürgerliche Meinungsmache die Arbeiterklasse zu spalten, Feindseligkeiten, Neid und Vorurteile zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu streuen. Nicht umsonst hat gerade jetzt kurz vor den Lohnkämpfen J. Stingel von der Bundesanstalt für Arbeit gross herumposaunt, dass 3 Millionen 'Gastarbeiter' in Kürze in Deutschland sein werden. Jetzt, wo immer mehr die Angst vor Arbeitslosigkeit ansteigt, sollen die deutschen Arbeiter gegen die ausländischen Kollegen ausgespielt werden. Machen wir dem einen Strich durch die Rechnung. Gegen die Abschiebung ausländischer Kollegen muss Widerstand geleistet werden! Schluss mit der Hetze auf die ausländischen Kollegen!

Die Bosse sind nervös

Polizeieinsatz bei BMW

Der ROTE ANLASSER, die Zeitung der Münchner BMW-Betriebsgruppe der KPD/ML, 'erfreut' sich der besonderen Aufmerksamkeit der BMW-Bosse. Wo für die Kapitalisten unange-

beim Werkschutz an: "Habt Ihr wirklich keinen ROTEN ANLASSER mehr erwischt?" Keinen einzigen!

Höchste Preissteigerungen in Europa seit dem Korea-Krieg

Von April bis Oktober 1972 stiegen die Preise in den westeuropäischen Staaten im Durchschnitt um 9,6 %. Das ist die höchste Inflationsrate seit dem Korea-Krieg. Diese Zahl veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris.

Der Jahresdurchschnitt für die Zeit von Oktober 1971 bis Oktober 1972 lag bei 7,2 %; wobei die Bundesrepublik mit Preissteigerungen von 6,4 % noch relativ niedrig war. Aber! In den letzten 6 Monaten des Vergleichszeitraums – so heisst es weiter – erreichte die Bundesrepublik eine Preissteigerungsrate von 8,6 %.

Der weise Rat der Organisation, zu dieser 'besorgniserregenden Tatsache':

"Die antiinflationäre Politik muss alle Massnahmen umfassen, die jedes Land unter Berücksichtigung seiner spezifischen (besonderen) Bedingungen ergreifen kann." Und das wären?

Höhere Zinssätze – sagt die Bundesbank. Aber die haben bisher auch nicht geholfen. Ausserdem, sagen 'Fachleute', haben die hohen Zinssätze gerade oft genug zu Preissteigerungen geführt. Die Herren Unternehmer wälzen eben auf den Verbraucher ab.

Ordnung im Weltwährungssystem schaffen – sagen die 'Fachleute' vom DGB. Der kaputte Dollar der Amis ist schuld. Aber das geht nicht, sagt dazu Finanzminister Schmidt. Unsere amerikanischen Freunde würden sehr unangenehm reagieren.

Die Staatsausgaben drosseln – fordert die CDU/CSU. Aber das ist eben nur scheinheilige Oppositionsmache. Wäre die CDU/CSU an der Regierung, würde sie genauso das Geld für Aufrüstung und Subventionen an die Kapitalisten ausgeben.

Die Käufernachfrage beleben – Kaufkraft durch Lohnerhöhungen schaffen! Das ist der Vorschlag der D'K'P und von DGB-Funktionären. Ein weiser Rat. Nur, ob das den Kapitalisten schmeckt? Diejenigen, die solche 'fachmännischen' Ratschläge geben, vergessen nur leider den Kampf für diese Lohnerhöhungen zu organisieren. Stattdessen versuchen sie mit Tricks und Schlichen die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Auch eine solche 'Forderung' an den Kapitalistenstaat dient doch nur dazu, die Arbeiter glauben zu machen: Kapital und Arbeit sitzen letztlich im gleichen Boot. Wenn wir Arbeiter jetzt etwas mehr Lohn bekommen, dann geht es auch mit der Wirtschaft wieder aufwärts.

In Wirklichkeit aber zeigt die Forderung der Revisionisten: 'Kaufkraft schaffen', daß sie fest auf dem Boden dieser 'freien Marktwirtschaft' stehen. Es geht ihnen nicht darum, daß der Arbeiter Lohnerhöhungen braucht, um anständig leben zu können. Es geht ihnen darum, daß die Nachfrage wächst!

Nein: wir sitzen nicht in einem Boot mit dem Kapital! Was wir erkämpfen, das geht den Profiten der Kapitalisten ab. Aber nicht für lange. Dann haben sie die Lohnerhöhungen wieder reingeholt durch Preissteigerungen und Lohnsteuerklau. Aber in diesen Lohnkämpfen erkennen die Arbeiter auch Schritt um Schritt, daß das Übel an der Wurzel gepackt werden muß:

DAS SYSTEM DER LOHNSKLAVEREI MUSS GESTÜRZT WERDEN!

Kämpfen wir heute schon für dieses Ziel! Organisieren wir die fortschrittlichsten Arbeiter im Kampfstab unserer Klasse, in der

nehme Tatsachen gebracht werden, da ist die Münchner Polizei nicht weit. Von der vielgepriesenen weichen 'Münchner Linie' der Mannen des Münchner Polizeichefs Schreiber merken die Verteiler des ROTEN ANLASSER's wenig. Eine faustdicke Schikane jagt die andere. Beschlagnahmungen der KPD/ML-Flugblätter, Festnahmen und Anzeigen wegen 'Widerstands gegen die Staatsgewalt', 'Verleumdung' usw. gehören zum täglichen Brot der Verteiler.

Es ist kein Zufall, daß sich die Münchner Polizei besonders wild aufführt. München ist für die Arbeiter nicht die 'Weltstadt mit Herz', sondern die Stadt der höchsten Mieten und Preise der ganzen BRD. In der Münchner Ballungszone erfolgt eine ungeheure Konzentration des Kapitals; München ist ein Zentrum der Rüstungsindustrie. Massen ausländischer Arbeiter aus dem Süden, Arbeiter aus dem weiten Umkreis Münchens, aus der Hallertau, Bauernburschen aus den niederbayrischen Dörfern sehen sich fast übergangslos im Rührwerk der modernsten kapitalistischen Ausbeutung.

Die Münchner Polizei-Oberen wissen; daß sie den Kapitalherren für die Meisterung dieser brisanten Ballungszone verantwortlich sind. Sie haben auch den wuchtigen Zusammenstoß am Stachus mit mehreren tausend Demonstranten des Antikriegstags inmitten des damaligen Olympia-Trubels (2. September) nicht vergessen. Und jetzt gerade besteht die besondere Aufgabe der Staatsbüttel in der Einschüchterung der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt, die im Lohnkampf stehen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch zu verstehen; daß die Polizei immer häufiger über die Verteiler der BMW-Betriebsgruppe der KPD/ML herfällt. Nehmen wir ein Beispiel heraus:

"Der ROTE ANLASSER ist beschlagnahmt!"

Dienstag, 5. 12., 14.30 Uhr, Schichtwechsel. Schon seit einer Stunde wird der neue ROTE ANLASSER verteilt. Am Eingang Riesenfeldstraße stoppt ein Polizeiauto. "Was haben Sie denn da Schönes?" Der Polizist reißt dem Verteiler ein Exemplar aus der Hand. Kurzes Blättern. "Der ROTE ANLASSER ist beschlagnahmt". Der Polizist zerrt am ganzen Packen, ein zweiter springt dazu. Beide treten und schlagen auf den Verteiler los. Der Verteiler wirft den ganzen Packen der ROTEN ANLASSER in die Menge der BMW-ler, die sich blitzschnell angesammelt hat. Für die Bullen kommt es darauf an, möglichst schnell abzuhauen, mit dem Verteiler natürlich. Nur nicht die Traube von BMW-Arbeitern, die alles mitkriegt, noch größer werden lassen. Brutal prügeln sie den Verteiler ins Auto. Sie spannen ihm Handschellen an, so fest, daß sie bis auf den Knochen durchschneiden. Der Verteiler schreit immer wieder: "Warum wird der ROTE ANLASSER beschlagnahmt?" und 'Lest den ROTEN ANLASSER der KPD/ML!"

Aus der Menge der empörten BMW-Arbeiter fliegt die erste Faust hoch! Die Polizisten fahren los. Mißhandlungen im Auto, auf der Wache... Die Bullen rufen

Stich ins Wespennest

Nach einer halben Stunde kommt der Beamte der politischen Polizei (PoPo), der den Einsatz geleitet hatte. "Sie können gehen. Wir haben Sie vorläufig festgenommen, weil Sie die Personalien verweigert haben. Sie bekommen eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Im ROTEN ANLASSER wird die Polizei als 'Bullen' beleidigt und der Werkschutzmann Schmidt als 'Ober-SSler' ".

Auch an einem anderen Werkseingang wird der ROTE ANLASSER beschlagnahmt. Sofort wird ein Flugblatt organisiert. Nachts läuft die Druckmaschine. Am nächsten Tag, 13.30 Uhr, stehen die Verteiler wieder vor den Toren. Die Kollegen bleiben stehen: "Servus, da bist ja wieder! Was haben sie mit dir angestellt?", "So eine Sauerei, wir sind doch freie Menschen!" Der ROTE ANLASSER und das Flugblatt verschwinden unter den Jacken der BMW-ler. "Ich laß mir doch nicht vorschreiben, was ich lesen darf."

Die BMW-ler wissen wohl, daß der ROTE ANLASSER nicht bloß wegen der Bezeichnung 'Bullen' beschlagnahmt wurde. Die BMW-Herren haben Sorgen, daß in der Metalltarifrunde bei BMW gestreikt wird. Also wird geprügelt, verboten, verhaftet. Deshalb fuhr während der letzten Betriebsversammlung ein ansehnliches Aufgebot politischer Polizei auf! Aber das nützt den BMW-Bossen auch nicht mehr. Die BMW-Arbeiter haben zwei Augen im Kopf und machen sich schon ihren Reim drauf, wenn sie sehen, wie Kapital und Staatsmacht immer vereint gegen Arbeiterforderungen stehen. Wer heute auf Kommunisten losschlägt, wird morgen auch auf Streikposten losgehen. Das wird für die Bosse aber ein Stich ins Wespennest!

Kommunistischen Partei. Scharen wir immer mehr Kollegen um diese Partei. um die KPD/ML! Der Sieg wird unser sein!



Kampf der Ausplünderung durch die Zechenherren

Die Zechenherren versuchen mit allen Mitteln, die Kumpels auszunehmen. Ein Kumpel schrieb dazu einen Leserbrief an die Betriebszeitung der KPD ML für die Zeche Hansa in Dortmund, 'SCHLAG ZU':

"An alle Arbeiter und Angestellte, Zeche Hansa, Dortmund-Huckarde!

Wie kommt es, daß die Werksleitung und der Betriebsrat, die Kumpels, die um 6 Uhr anfangen müssen, stundenlang bis zur Anfahrt warten lassen? Die Kumpels, die von Aplerbeck oder Sölderholz kommen, sitzen dann diese Stunden in der Kantine, verzehren ihr Geld noch und bekommen für manchmal drei oder vier Stunden Herumsitzen ganze 2 DM.

Es ist doch eine Sauerei von Seiten der Verwaltung, dass man diesen Menschen die verlorene Zeit nicht wenigstens bezahlt.

Und vor allen Dingen haben diese Menschen eine Wut im Bauch, weil sie sich schon vorher umgezogen haben in der Schwarzkaue, dann noch warten mussten und sich in der Weisskaue wieder umziehen mussten.

Dies alles ist doch ein Verbrechen am Menschen! Und vor allem warten die Frauen zu Hause, haben das Essen fertig gemacht, und die Ehemänner oder die Jungs kommen erst drei oder vier Stunden später.

Man muss doch den Kumpels die Zeit, die sie auf Zeche verbringen, bezahlen! Die Wartestunden müssen auf den Schichtlohn angerechnet werden. Für jede Wartestunde muss mindestens 6 DM bezahlt werden!

Wir richten den Appell an die klassenkämpferischen Kollegen in den Gewerkschaften, an alle Kollegen, sich für diese Forderung einzusetzen! Die unbezahlte Wartezeit muss abgeschafft werden! Das ist der Wille der Kumpels!"

KAMPF DEM MANÖVERTERROR

Im Dezember fand zwischen Fulda und Wetzlar das NATO-Manöver 'Caravan I' statt. 40 000 deutsche, belgische und amerikanische Soldaten probten den Krieg. Nicht zum ersten Mal. Der Manöverterror war schon im Oktober losgegangen. Da verwüsteten Panzer die Felder zwischen Nieder-Walgem und Roth, fuhren über Rübenfelder, die gerade abgeemtet wurden. In Mornshausen beschädigten sie eine Brücke, in Bermoll überrollte ein Panzer einen PKW und in Staufenberg wurde eine Dorfstrasse zerstört.



Hier konnte jeder am eigenen Leib spüren, was es mit der 'Sicherung des Friedens' bei den sogenannten 'friedlichen' Ostverträgen auf sich hat: schon mitten im Frieden verwüsten NATO-Truppen Stadt und Land, schert sich die Regierung einen Dreck darum, ob Ernten der Bauern vernichtet werden, ob das Leben der Bevölkerung gefährdet wird.

Aber sie bekamen auch die richtige Antwort auf ihre Verbrechen. Bauern und Arbeiter setzen sich wutentbrannt zur Wehr. In Marburg wurden die Kriegstruppen von einem Friedhof gejagt. Bei Alsfeld schlugen die Bauern NATO-Offiziere mit Mistgabeln in die Flucht.

Die NATO-Truppen, die jetzt im Dezember anrückten, wurden nicht freundlicher empfangen. Diesmal war der Protest so heftig, daß sie ihre Manöverpläne ändern mußten. Geplant war nämlich ein Luftangriff auf Gießen. Aber die Gießener hatten nicht vergessen, daß es die US-Imperialisten waren, die noch am 6. 12. 44 ihre Heimatstadt in Schutt und Asche bombten. Nie wieder! Auch nicht als Übung! Überall wurden Proteste laut.

An den Häuserwänden und Brücken standen riesige Parolen:



AMI GO HOME; KAMPF DEM MANÖVERTERROR!

Da packte die NATO-Generäle die Angst. Sie sagten die Übung im letzten Moment ab.

Dafür wurde jetzt Friedberg zum Feindgebiet erklärt. Ein Augenzeuge des Manövers berichtet:

"Während des Manövers sah man in und um Friedberg nur Soldaten – Panzer an allen Ecken. Auf den Strassen Schlangen von Militärfahrzeugen und Panzern. Nur im Schneckentempo gings vom Betrieb nach Hause. Auf den Feldwegen dagegen fuhr niemand – dagegen wühlten sich die Panzer neben den Wegen durch Acker und Wiesen. Viele Äcker wurden so zerstört, dass sie lange nicht mehr bebaut werden können. 'Als hätten die Vandalen hier gehaust', schimpfte ein Bauer.

Aber das war ja erst der Anfang. Der eigentliche Angriff sah so aus:

Geschwader von Hubschraubern (wie im Krieg gegen das vietnamesische Volk!) flogen ununterbrochen in knapp meterhohem Abstand über die Dächer. Alle paar Minuten ganze Wolken. Stundenlang dröhnte der Kriegslärm. Die Scheiben in den Häusern klirrten. In den Altbauwohnungen fiel der Putz von der Decke. Wie beim Einmarsch fremder Truppen hiess es: Rette sich wer kann. Denn die Panzer scherten sich nicht um das Alltagsleben auf den Strassen. In Giessen überrollte ein Panzer einen parkenden VW und auch in Friedberg wurde ein PKW zerquetscht. Und dabei ist das ganze Ausmass der Verwüstungen noch nicht bekannt."

Bei dieser Kriegsübung der NATO wurde so manchem klar, was davon zu halten ist, wenn die Imperialisten in der NATO davon reden, dass ihre Truppen ja nur zur Sicherung des Friedens da seien. Wenn Brandt und Heinemann davon schwätzen, die Bundeswehr verteidige die Interessen des Volkes.

Man frage nur einmal den Bauern, der die Ernte für dieses Jahr in den Wind schreiben kann! Man frage nur den Bauern, den ein Hubschrauber buchstäblich im Tiefflug vom Traktor fegte. Man frage nur den Arbeiter, der Panzer vor den Betriebstoren rollen sieht!

Für den Frieden? Die Panzer der Imperialisten sind noch nie für den Frieden gerollt. Bomben sind immer nur für den Profit der Kapitalisten geworfen worden auf fremde Länder oder auf die Arbeiter und Bauern im eigenen Land, wenn sie den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufgenommen haben.

Die Kollegen, die Frauen, die in angstvollen Nächten schon den letzten Krieg mitgemacht hatten, sahen nun: Es soll von Neuem losgehen. Und ihr Hass und auch der Hass der Jugend auf die Kriegstreiber ist gewaltig gewachsen.

Das zeigte sich deutlich bei der Demonstration, zu der die KPD/ML und ihre Jugendorganisation aufriefen. 'Kampf dem Manöverterror', 'Ami go home' hieß es auch hier. In Sprechchören und auf Transparenten wurde den Besatzern und auch den Truppen des westdeutschen Kapitals der Kampf erklärt. Und die roten Fahnen, die die Demonstranten mit sich trugen, sagten unmißverständlich: Der Krieg gegen den imperialistischen Krieg wird unerbittlich geführt werden – bis zum Sieg über die Kanonenkönige. Die Bevölkerung hat gezeigt, daß sie mitmachen wird. Arbeiterfäuste grüßten aus den Fenstern. Über 70 ROTE MORGEN wurden verkauft. Passanten schlossen sich dem Demonstrationszug an. Und bei der Schlußkundgebung reihten sich einige alte Kommunisten ein und sangen mit den Jüngeren die Internationale. Mit verstärkten Kräften und noch größerem Klassenhaß wird der Kampf weitergehen:



NIEDER MIT DER NATO! NIEDER MIT DER BUNDESWEHR!
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

GRUNDVERTRAG UNTERZEICHNET:

SCHON GEHT ES LOS

Die Tinte unter dem Grundvertrag ist kaum trocken; und schon zeigt sich der Geist dieses Vertrages und seine Konsequenzen: Mit Drohungen, Einmischungen und Ansprüchen gegenüber der DDR versuchen die Imperialisten des Westens, voran die Bonner Revanchisten, an die Einverleibung der DDR zu gehen.

Keine Anerkennung der NATO

Scheel reiste noch kurz vor Unterzeichnung des Grundvertrages auf die Brüsseler NATO-Konferenz. Dort brachte er auf dem 'Deutschland-Gespräch' der NATO-Krieger seine Bündnispartner auf Linie. Die Bundesregierung wird als erster NATO-Staat seinen 'Beauftragten' nach Ostberlin schicken. Wohlgemerkt, 'Beauftragten' und keinen Botschafter, wie es normalerweise zwischen zwei souveränen Staaten üblich ist. Das Gleiche sollen die übrigen NATO-Staaten tun. Sie können zwar jetzt diplomatische Beziehungen aufnehmen (was sich ja kaum umgehen lässt), es soll aber keine 'förmliche Anerkennung' der DDR durch die NATO-Staaten stattfinden. Die NATO-Regierungen sollen ausserdem zum Ausdruck bringen, dass für sie die deutsche Frage nicht gelöst sei. (NRZ, 1. 12.). Warum wohl?

Darum geht es also!

Mehrere westliche Staaten haben sofort nach Unterzeichnung des Grundvertrages Forderungen für 'ihr Eigentum' aufgestellt, das nach 1945 in der DDR entschädigungslos enteignet worden war.

Die USA stellt eine Rechnung von 50 Millionen Dollar auf. Das wär's fürs erste. Als nächstes soll in den USA eine amtliche Ausschreibung vorgenommen werden, um noch mehr 'Gläubiger der DDR' aufzutreiben.

Auch die Monopolherren aus den Niederlanden und aus Grossbritannien fordern. So werden z.B. ausdrücklich die Namen Unilever und Royal-Dutch, mit die grössten Konzerne der Welt genannt. Gerade diese beiden Konzerne haben sich einen Namen gemacht in der Unterstützung der Hitlerbanditen vor und sogar während des Krieges.

Völlig zurecht wurden nach 45 die Betriebe der Kriegsgewinnler beschlagnahmt. Das war eine Forderung des Potsdamer Abkommens, das genau jene Staaten damals unterschrieben, die heute nichts mehr davon wissen wollen. Als 1945 Antifaschisten, Arbeiter und Werktätige den Aufbau eines demokratischen Deutschlands in der damaligen SBZ (sowjetischen Besatzungszone in Angriff nahmen, da war kein Platz mehr für die Öl- und Chemiebarone aus England und USA. Deren Betriebe wurden enteignet.

Die Milliardäre von General Motors, General Electric, Standard Oil usw. organisierten daraufhin Rollkommandos, die die Enteignungen in der DDR verhindern sollten. Sie zogen Maschinen und Techniker ab, als die Arbeiter selbst die Betriebe zu leiten begannen, oder sie liessen Produktionsanlagen zerstören und die Lager niederbrennen. All das nutzte nichts. Bis heute aber haben sie ihr verlorenes Eigentum nicht aufgegeben.

Heute, wo in der DDR nicht mehr die Arbeiter die Herren in Betrieb und Staat sind, wagen sie sich aus den Löchern und fordern offen 'ihr Recht'. Die Schachereien zwischen Bonn und Moskau über die DDR, die Aufgabe der staatlichen Souveränität der DDR durch den Grundvertrag – sie haben ihnen neue Hoffnung gegeben.

Natürlich haben die Herren Morgan, Rockefeller und Dupont nicht die Hoffnung, dass jetzt sofort die DDR ihnen Entschädigungen zahlt oder gar die Betriebe zurückgibt. Aber sie halten ihren Fuss in der Tür zur DDR, die mit dem Grundvertrag geöffnet wurde. Deshalb stellen sie heute die Forderung, damit sie morgen mit noch stärkerem Druck auftreten können. Die USA hat bereits erklärt, dass es ihr nicht um sofortige Bezahlung der 50 Millionen Dollar ginge. Vielmehr sei der Regierung der Herren Rockefeller und Morgan wichtig, dass die DDR "eine grundsätzliche Anerkennung der Verbindlichkeiten" vornehme, also grundsätzlich zugesteht, dass die Enteignungen rückgängig gemacht werden können.

'Selbstbestimmung in Freiheit'

Das war die Propaganda des westdeutschen Revanchismus – von Adenauer bis Brandt. Die Pläne zur Rückeroberung der 'verlorenen Ostgebiete' sollten mit solchen Phrasen bemäntelt werden. Auch ein Hitler hatte jahrelang nichts gefordert, als das 'Recht auf Selbstbestimmung der Heimatdeutschen' – bis es zum 'Recht auf Anschluss ans Reich' wurde.

Jetzt überreichte Staatssekretär Bahr an Kohl den 'Brief zur deutschen Einheit, in dem es heisst: "... dass dieser Vertrag (der Grundvertrag – RM) nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

DDR-Bonze Kohl will von diesem Brief nichts wissen. Aber entgegengenommen hat er ihn, genauso wie er den Grundvertrag unterzeichnet hat. Aber eins gehört zum andern. Das ist keine juristische, sondern eine politische Frage.

Auf der Grundlage eines solchen Briefes wird jetzt verstärkt eine nationalistische Propaganda entfaltet werden, die an den nationalen Gefühlen des deutschen Volkes anknüpft, und von 'Einheit' und 'Selbstbestimmung' redet, nicht aber davon, wer sich hier mit welchem Ziel zum Sprecher der Nation macht. Das ist nämlich genau die gleiche herrschende Klasse der Krupp und Thyssen, die bereits vor 35 Jahren für 'nationale Einheit' trommeln liessen, um das Volk vor den Karren der imperialistischen Raub- und Eroberungspläne spannen zu können.

Wehner redet Fraktur

Was wird weiter geschehen? Der Handel zwischen BRD und DDR nimmt zu. Ein ungleicher Handel. Jetzt bereits hat die DDR 1,6 Milliarden Schulden bei der BRD – zu Anfang des Jahres 1972 waren es noch 1,1 Milliarden. Es folgen direkte Kapitalinvestitionen der westdeutschen Kapitalisten, die heute schon die billigere Arbeitskraft der DDR-Werktätigen ausbeuten dürfen.

Die westdeutsche Propaganda soll über 'Nachfolge-Verträge' nach dem Grundvertrag verstärkt in der DDR verbreitet werden dürfen (die NATO-Forderung: 'Freizügigkeit von Menschen und Informationen'). Auch in der DDR wollen sich die westdeutschen Imperialisten bei der Bevölkerung als 'Führer zur Wiedervereinigung und Selbstbestimmung' anbiedern. Das wird ihnen umso eher gelingen, als die SED-Revisionisten ja selbst den Boden für den Erfolg einer solchen Propaganda bereiten: Seit Jahren predigen sie selbst Sozialdemokratismus statt Marxismus-Leninismus – kein Wunder, dass sich viele DDR-Bürger von einem Brandt täuschen lassen. Seit Jahren haben die DDR-Führer die Wiedervereinigung abgeschrieben – kein Wunder, dass tausende DDR-Bürger glauben, Brandt als Vorkämpfer der nationalen Einheit begrüssen zu müssen.

Wirtschaftliche und ideologische Unterwanderung der DDR durch den westdeutschen Revanchismus, das folgt jetzt dem Grundvertrag. Wenn sich die Lage in der DDR zuspitzt, dann wird die Revanchisten-Propaganda umgestellt werden. Dann wird es heissen: 'Das Volk will den Anschluss'.

Das wird nicht von heut auf morgen gehen. Das weiss auch ein Herr Wehner. Wehner erklärte vor dem Bonner Bundestag folgendes: **Wenn der Grundvertrag in Kraft sei, müssten sich alle daran halten. Das schliesse nicht aus, dass man immer wieder auf kritische Bemerkungen zurückkomme. Eine Opposition, die den Vertrag ablehne und dies auch begründe, könne sogar für die weitere Entwicklung des Vertrags hilfreich sein, denn dies sei die Rolle der Opposition.** (zitiert in SZ, 20. 12.).

Kann man nicht besser den Parlaments-Schwindel entlarven? Wehner sagte wörtlich, es sei gut, dass Opposition den Vertrag ablehne, damit man auf diese Weise umso mehr Druck ausüben kann. Er müsste noch hinzufügen: Wenn es offen an die Einverleibung geht und das 'Friedensmäntelchen' der SPD in den Augen der Massen verschlissen ist, dann ist gut, wenn eine CDU/CSU an die Regierung kommen kann, die sagt: 'Wir haben den Grundvertrag ja nicht unterschrieben. Wir fordern mehr!'

Aber die SPD kann auch stolz sein auf diesen revanchistischen Vertrag. Auf seiner Grundlage ist es durchaus möglich, dass Wehner im Deutschlandfunk die Beibehaltung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen fordern kann. Die SZ schreibt: 'Er meinte, solange das deutsche Volk staatlich getrennt leben müsse, brauche die Bundesrepublik ein Ministerium, das zusammenfasse, was es an Erkenntnissen über die Entwicklung im anderen Staat gebe. Was Wehner wirklich meint, ist, dass man nicht ein Instrument aus der Hand gibt, das 'die Stimmung' in der DDR-Bevölkerung feststellt und selbst für die 'Stimmung' sorgt, die den Revanchisten für die Forderung nach 'Anschluss der DDR' passt. In welchem Staat der Welt gibt es denn ein ganzes Ministerium, das sich speziell mit Spionage, Unterwanderung und Propaganda gegen ein bestimmtes Land beschäftigt? Das gibt es nur in der Bundesrepublik Deutschland!

KAMPF DEM BRUCH DER STAATLICHEN SOUVERÄNITÄT DER DDR DURCH DEN WESTDEUTSCHEN REVANCHISMUS!

DIE HAUPTTENDENZ IN

Kapitalistisches

Profit mit Leichen gefallener US-Soldaten

Amerikanische Zollbehörden vermuten', einem seit 8 Jahren arbeitenden Schmugglerring auf die Spur gekommen zu sein. Die Schmuggler reisten ohne große Mühe nach Südvietnam ein und besorgten sich Heroin aus Thailand, mit dem die Thieu-Clique und der US-Geheimdienst CIA einen schwunghaften Handel betreiben. Das für einen Kilopreis von 1 700 Dollar gekaufte Heroin wurde in die Leichen gefallener US-Soldaten eingenäht. Die Leichen wurden mit Militärmaschinen nach USA geflogen, dort wurde ebenso mühelos das Heroin aus den Leichen wieder herausgeholt und für 20 000 Dollar verkauft.
Daß ein solcher Schmugglerring 8 Jahre unbehelligt sein Geschäft mit gefallenen US-Soldaten machen konnte, ist ein weiterer Beweis für die totale Korruption der US-Behörden.

Am gleichen Tag, als ein Zollfahnder diesen Schmugglerring ans Licht brachte, wurde folgendes aus New York berichtet. 25 Kilogramm beschlagnahmtes Heroin, das die Polizei in New York verwahrte, waren plötzlich verschwunden. Das teilte Polizeipräsident Murphy mit. 24 Stunden später meldete sich Murphy zum zweitenmal. Weitere 10 Kilogramm waren verschwunden.
Das entwendete Rauschgift genügt, um 7 000 Süchtige drei Mo-

Wer macht hier Terror?

Erklärung palästinensischer Freiheitskämpfer an die westdeutsche Bevölkerung

Seit den Ereignissen in Fürstenfeldbruck bei der Olympiade haben die westdeutschen Imperialisten zu einer Heztjagd gegen ausländische Arbeiter und Studetnen angesetzt. Vor allem unsere arabischen Brüder sind den Verfolgungen ausgesetzt. In dieser Situation hat sich die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas mit einem 'Aufruf an die demokratische westdeutsche Öffentlichkeit' gewandt:

Heute werden die arabischen Arbeiter und Studenten in der BRD in ähnlicher Weiser verfolgt, wie im dritten Reich die Juden. Anlass dazu ist die Aktion des 'Schwarzen September' bei den Olympischen Spielen. Solche individualistischen Terrorakte schaden natürlich dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes. Die westdeutsche Bourgeoisie nutzt sie demagogisch aus, um einen Keil zwischen die arabischen Völker und das deutsche Volk zu treiben.

Ihre Hetzkampagne aber richtet sich nicht hauptsächlich gegen solche sogenannten Terroristen, sondern gegen den einfachen arabischen Arbeiter und Studenten. Daher stellt diese Verfolgung u.a. nichts anderes dar, als Vorbereitung und Ausübung des faschistischen Terrors, wie dieser von den Notstandsgezetzen vorgesehen ist. Opfer dieses Wahns sind zur Zeit die palä-

Die Demokratische Volksfront und die anderen Organisationen der palästinensischen Befreiungsbewegung, die in der PLO vertreten sind, kämpfen daher, genauso wie die anderen kolonialisierten und unterdrückten Natio nen für eine gerechte nationale Sache, und deshalb werden wir diesen Kampf unbeirrt fortsetzen, bis wir das Land befreien und allen Menschen in Palästina Arbeit, Brot, Frieden und sozialen Fortschritt garantieren.

Die Freundschaft zwischen unserem Volk und dem Volk der ruhmreichen K. Liebknecht; E. Thälmann u.a. wird sicherlich nicht durch die Provokationen der BRD-Behörden gestört. Wir begrüssen all die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD und Westberlin; die de Hetzkampagne und dem Verfolgungswahn entgegenwirken. Diese Kräfte, allen voran die westdeutsche Arbeiterklasse; rufen

Wir kämpfen gegen den gleichen Feind

BERICHT VON VIETNAMAKTION AUS WESTBERLIN

Westberlin (RM) Auch wir hier in Westberlin haben uns den Aufruf im Roten Morgen sehr zu Herzen genommen. Entschlossener als bisher müssen wir den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützen und diesen Kampf richtig mit unserem Kampf hier in Deutschland für den Sozialismus verbinden. Bisher haben wir hier noch wenig erreicht. Wir ergriffen nicht die Initiative im antiimperialistischen Kampf, sondern schlossen uns meist den Aufrufen anderer Organisationen an und führten Demonstrationen durch, die meist nicht durch Arbeiterviertel gingen. Diesmal gingen wir tatkräftiger heran. Am 20. 12. riefen wir zu einer Solidaritätsdemonstration für den vietnamesischen Freiheitskampf anlässlich des 12. Jahrestages der Gründung der FNL (nation le Befreiungsfront Vietnams) auf. Das geschah zusammen mit anderen Organisationen, mit denen wir uns auf eine gemeinsame Plattform geeinigt hatten.

Die Führer der 'Rote Fahne' Bochum bliesen allerdings ihre Teilnahme ab, weil sie der Meinung waren, die Entlarvung der Schandtaten der Moskauer Sozialimperialisten und der Revisionistenclique in Ostberlin müsste unterble ben. Begründung: Damit würde man die 'Massen abschrecken'.

Am 20. 12., 17 Uhr begann der Demonstrationszug vom Kottbusser Tor aus. Er zog durch Kreuzberg bis zum Karl-Marx-Platz in Neukölln. Die Reaktion der Bevölkerung zeigte, dass wir auf eine tiefe Solidarität mit dem vietnamesischen Freiheitskampf trafen.

Das hatte sich manchen Genossen schon auf dem Weg zur Demonstration gezeigt. So unterhielt sich ein Arbeiter mit einem BVG-ler (Busschaffner) laut über die 'Sauerei' der 'Amis'. Der Arbeiter meinte mit einer Stimme, die jeder im Bus hören konnte: "Die Chinesen sollten dem Vietcong mal eine Atombombe mit Rakete schenken; damit die Amis in San Francisco auch erleben, was sie da

gespalten.

Auch die Volksfeinde in unseren eigenen Land wurden beim Namen genannt. Die gleichen herrschenden Kreise in Westdeutschland, die damals ihren amerikanischen, englischen und französischen Freunden bei der Spaltung Deutschlands und Berlins zur Hand gingen, sie sind auch heute wieder fest an der Seite der US-Kriegsverbrecher. Die heutige Bundesregierung distanziert sich nicht nur mit keinem Wort vom US-Aggressionskrieg, sie unterstützt diesen Krieg vielmehr durch Milliarden 'Devisenausgleichszahlungen' an Washington. Der Unterschied zwischen einem Thieu und einem Brandt ist klar: Thieu ist eine gekaufte Marionette, die vollkommen

Das entwendete Rauschgift genügt, um 7 000 Süchtige drei Monate lang zu versorgen. Es hat einen Wert von 51 Millionen Mark. Kein Wunder, daß die Ordnungshüter New Yorks einer solchen Gehaltsaufbesserung nicht widerstehen können.

Dekadenz wie im alten Rom

Tod und Verderben über die ganze Welt tragen die US-Imperialisten in ihrem Kampf gegen die weltweite Befreiungsbewegung. Die Untergangsstimmung in den Kreisen der amerikanischen Bourgeoisie hat ihre besondere 'Note'. An Weihnachten war die Losung der Warenhausmanager: 'Den Mann ansprechen, der schon alles hat'. Bei mehreren Millionen Arbeitslosen und 40 Millionen Amerikanern, die am Existenzminimum leben (offiziell) kann man wohl auch nur die Bourgeoisie ansprechen.
Und das sind die 'kleinen Aufmerksamkeiten', die diese Weihnacht man in jenen Kreisen schenkte:

Reingoldene Krawattenstäbchen für 35 Dollar (112 DM) bietet Nemann-Marcus aus Dallas. Ein Tabakspfeifchen mit goldenem Schirm für 2 672 Mark. Eine Zigarrendose mit Klimaanlage ('damit die Brasil nicht austrocknet') für 3 600 DM, eine sterlingsilberne Bratpfanne von Tiffany aus New York, damit das Schnitzel vornehm schmeckt. Oder wie wär's mit einem 'Schwimmobil', daß einen US-General mühelos durch den Swimming-Pool zieht ('Schwimmen überflüssig'). Oder wie wär es mit etwas ganz 'Exquisitem'? Für ganze 3 000 Dollar bekommt man einen lebensgroßen 'Doppelgänger' aus Plastik: Ein Bildhauer kommt dem Kunden ins Haus und schafft dessen Ebenbild, das mittels eingebautem Bandgerät sogar lachen oder 'ja' sagen kann.

dieser von den Notstandsgesetzen vorgesehen ist. Opfer dieses Wahns sind zur Zeit die palästinensischen Arbeiter und Studenten in der BRD. In der nächsten Zeit werden die westdeutschen und westberliner Demokraten und Sozialisten die Opfer eines solchen Wahns sein.

Wollen die Behörden in der BRD und in Westberlin den Terror prinzipiell verurteilen und bekämpfen, so hätten sie den eigenen Terror in Fürstenfeldbruck nicht machen dürfen, und so hätten sie, wenn auch nur in einem Satz die Verbrechen der Neo-Hitleristen in Israel in Deir Yasin 1948, wo über 350 Zivilisten kaltblütig ermordet wurden, Kafr Kassem 1956; wo 56 Zivilisten auf dem Heimweg von der Feldarbeit erschossen wurden, Bahr Al Baquar 1970, wo unzählige Schulkinder durch israelische Luftangriffe unter den Trümmern ihrer einzigen Schule tot lagen. Abu Saabal 1970, wo über 70 Arbeiter Opfer eines israelischen Luftangriffes wurden. Wären diese Behörden in der Tat gegen den Terror, so hätten sie die Vergiftung und Verbrennung von 100 000 Dunum Kornfelder im arabischen Dorf Aqraba in den besetzten Gebieten im April 1972 verurteilt. Wären die westdeutschen Behörden und Organe der öffentlichen Meinung gegen jeglichen Terror, so hätten sie es zu ihrer Pflicht machen müssen, die Entwurzelung und Vertreibung eines ganzen Volkes zu verurteilen. Ein grausames und barbarisches Beispiel israelischen Verbrechens und Terrors zeigte sich am 17. September 1972, als die israelischen Panzer auf libanesischen Boden sieben Insassen eines Personenwagens ... kaltblütig überfahren und lebendig zermalmt haben.

Aufruf an die west deutschen Arbeiter

Zwar sind viele Israelis Opfer des nationalsozialistischen Verbrechens, dies gibt ihnen aber nicht das Recht, mit dem palästinensischen Volk das zu tun, was die Nationalsozialisten mit den Juden Europas taten.

se Kräfte, allen voran die westdeutsche Arbeiterklasse; rufen wir auf, Druck auf die BRD- und westberliner Behörden auszuüben, um den Terror gegen die arabischen Arbeiter und Studenten zu beenden."

Zionisten erobern - BRD-Kapital ist dabei.



Der Coupon stammt aus einer ganzseitigen Anzeige der FAZ. Unter einem grossen Bild des Roten Meeres und der von den Zionisten eroberten Stadt Eilat steht geschrieben:
185% Abschreibung im Geschäftsjahr 1971... Die Cobral Beach Eilat Ltd. Errichtet auf einem rund 375000 qm grossen Grundbesitz am Strand von Eilat ein 4-Sterne-Hotel mit rund 300 Zimmern... Die Coral Beach Ltd. geniesst in Israel den Status eines steuerbegünstigten Unternehmens. Abgesehen von einer sehr geringen Gesellschaftssteuer gilt für die Dauer von 5 Jahren Steuerfreiheit..."
Die Aufschrift des abgebildeten Coupons; über den sich verstärkt westdeutsche Kapitalisten an den Eroberungen der Zionisten gesindstossen sollen; heisst: "Auch ich möchte aus an sich zu leistenden Steuermitteln lieber wertvollen Immobilienbesitz schaffen. Bitte senden Sie mir..."

schenken; damit die Amis in San Francisco auch erleben, was sie da in Vietnam anrichten". Wenn das natürlich auch nicht ganz wörtlich gemeint war, so zeigt es den grossen Hass der Arbeiter auf die Imperialisten und die tiefe Verbundenheit mit dem Volk Vietnams. Und noch etwas fiel dabei auf: Keine Frontstadtstimme war unter den Fahrgästen zu hören, die die 'amerikanischen Freunde' in Schutz nahm. Im Gegenteil: Überall beifällige Zustimmung. Das wäre vor 3 Jahren noch völlig unvorstellbar in Westberlin gewesen!
An dieser Solidarität knüpften auch unsere Genossen auf der Demonstration an, die in mehreren Kurzreden und auf der Rede am Kundgebungsort die Bevölkerung auf weitere politische Zusammenhänge hinwiesen.
Jeder Berliner erinnert sich heute noch an die Terrorangriffe amerikanischer und englischer Bomber gegen diese Stadt in den Nächten des 2. Weltkrieges. Heute haben die US-Mordbanditen bereits 5 mal soviele Bomben über dem kleinen Land Vietnam abgeworfen wir im ganzen 2. Weltkrieg.
Und jetzt gibt es noch eine Parallele. Deutschland wurde genau wie Vietnam von den Imperialisten mithilfe einheimischer Handlanger

schied zwischen einem Thieu und einem Brandt ist klar: Thieu ist eine gekaufte Marionette, die vollkommen nach der Pfeife der US-Herren tanzt. Brandt dagegen vertritt den westdeutschen Imperialismus, der selbst eine eigene imperialistische Politik betreibt. Aber in beiden Fällen zeigt sich, dass der Kampf für die sozialistische Befreiung und die nationale Einheit in Vietnam wie in Deutschland nur mit der Verjagung aller Imperialisten und aller ihrer Komplizen geführt werden kann.

Und dazu gehört auch der Kampf gegen die Komplizen des US-Imperialismus in Moskau. Die sowjetischen Führer sind selbst Imperialisten, die kleinere Staaten überfallen und sich gleichzeitig mit den US-Imperialisten bei der Aufteilung absprechen.

Mit einem Apell an alle Kommunisten, ihre Anstrengungen im Geist des proletarischen Internationalismus zu verstärken und unablässig alle revisionistischen Machenschaften zu entlarven, mit einem Apell für die Einheit aller Kommunisten in der KPD/ML wurde die Schlusskundgebung beendet.

In den 1½ Stunden während der Demonstration wurden 58 Rote Morgen verkauft.



Völkermörder bei der 'täglichen Arbeit'

R WELT IST REVOLUTION

"Auf der Flucht erschossen"

Am 11. Oktober liess van Thieu eine Reihe von politischen Gefangenen aus dem Gefängnis in Phu Quoc erschiessen – angeblich auf der Flucht.
'Auf der Flucht erschossen' – das ist die alte Ausrede von allen Faschisten, die in ihrer Todesangst vor dem Kampf des Volkes nur noch eins kennen: blindwütige Vernichtung und Ausrottung aller freiheitsliebenden Menschen.

Uber 3 000 Morde in einem Jahr – das sind die Verbrechen der Thieu-Clique allein in einem Gefängnis Südvietnams. Jeder der über hunderttausend politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Thieu-Faschisten ist Tag für Tag in Lebensgefahr. Wen die bezahlten Mörder Thieus nicht umbringen, den machen seine Folterknechte für sein ganzes Leben zum Krüppel.

Je auswegloser die Lage der US-Imperialisten und ihrer Marionettenregierung wurde, desto brutaler wurde ihr Terror gegen das vietnamesische Volk. Aber hier wie überall stehen für einen Ermordeten 10 neue Freiheitskämpfer auf. Immer näher rückt der Tag, wo diesen Mördern von den vietnamesischen Freiheitskämpfern endgültig der Garaus gemacht wird. Denn wenige Verbrecher können gegen ein ganzes Volk nicht bestehen, nicht mit Zucht-

nettenregierung in Saigon. Ein anderer: "Diese Hartnäckigen überschätzen sich selbst. Wir müssen auch weiter das Feuer auf sie eröffnen und sie niederschlagen."

Sogar die Soldaten für 'öffentliche Sicherheit' und die Polizisten Saigons hörten mit. Einige sagten offen: "Man muss jetzt Radio hören, nur so kann man die Politik der nationalen Befreiungsfront verstehen."

Selbst auf seine Offiziere kann Thieu sich nicht mehr verlassen. Einer von ihnen meinte nach der Radio-Sendung: "Nguyen van Thieu steckt in einer Sackgasse und spricht wie ein Mann, der von Sinnen ist. Niemand wird so töricht sein, für Thieus Interessen weiterhin Landsleute zu töten." Die Offiziere, die trotzdem für Thieu Kommandos ausgeben, stossen immer öfter auf den Widerstand ihrer Soldaten. So verweigerten einige Soldaten der

FEINDE DER VÖLKER INDOCHINAS

Die Waffenlieferungen der sowjetischen Sozialimperialisten an die Demokratische Republik Vietnam können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kremlzaren auch an diesem Kampfschauplatz Verrat an den Völkern begehen.

Es begann schon 1960. Die verstärkte Wiederaufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes unter Führung der damals gerade gegründeten FNL (Befreiungsfront Vietnams) wurde von Chruschtschow als 'Abenteurertum' diffamiert. Die Kreml-Revisionisten verlangten vom Volk Vietnams, es solle "Ruhe und Geduld bewahren, um die Entwicklung im Norden nicht zu gefährden". Weitere 'Begründung': Der Volkskrieg gegen den US-Aggressor vereinbare sich nicht "mit der Notwendigkeit der friedlichen Entwicklung des sozialistischen Lagers".

Und auch heute liefern die Sowjetrevisionisten ständig neue Beweise ihres Verrats am bewaffneten Freiheitskampf der Völker. So unterstützen sie nach wie vor die faschistische Lon Nol-Clique in Pnom Penh (Kambodscha) in moralischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Am 17. 10. 72 stimmte z.B. der sowjetische Vertreter in der UNESCO zusammen mit anderen imperialistischen Staaten für die Zulassung der Lon Nol-Clique als Vertreter Kambodschas in dieser UNO-Organisation. Die legale Regierung Kambodschas G.R.U.N.K., die bereits über 85 % des Landes kontrolliert, wird dagegen von den Sozialimperialisten verleumdet.

Ganz im Unterschied dazu bringt das 700-Millionen-Volk des sozialistischen Chinas dieser rechtmässigen Regierung des kambodschanischen Volks volle Unterstützung entgegen. Ebenso haben sich die Regierungen der Völker Indochinas wiederholt gegen alle Versuche gewandt, die Einheit der indochinesischen Völker zu spalten. So heisst es auch in einem gemeinsamen Kommunique der Regierungen der DR Vietnam und Kambodschas zum Abschluss des Freundschaftsbesuchs von Staatschef Sihanouk in Hanoi: "Die Königliche Regierung der nationalen Einheit Kambodschas (G.R.U.N.K. – RM) ... ist die einzig legale und rechtmässige Regierung des kambodschanischen Volkes."

NIEDER MIT DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!
ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

Hört die revolutionären Sender !

Revisionistisches "Entwicklungshilfe"

Vor kurzem war Allende, Präsident von Chile, in Moskau. Er suchte dort Hilfe gegen die US-Imperialisten. Die Sowjetführer sollten chilenisches Kupfer kaufen, um Chile aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen und so seine Unabhängigkeitsbestrebungen von den USA unterstützen. Aber die Sowjetimperialisten dachten gar nicht daran. Zwar boten sie Hilfe – 50 Millioner Dollar. Eine Bedingung stellten sie allerdings – mit dem Geld sollen sowjetische Militärausrüstungen gekauft werden. Und mit den Militärausrüstungen kommen auch die sowjetischen 'Militärberater' ins Land, wie in Ägypten gehabt, wie heute noch in Kuba, Indien und den Ostblockstaaten.

So sieht die 'Unterstützung' aus, die die Sowjetimperialisten geben – nichts als sozial-imperialistische Räuberpolitik!

Eifrige Schüler

Auch in Jugoslawien gerät der Kapitalismus immer mehr in wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten. Und wie bei uns heisst es auch in Jugoslawien: Arbeiter zahle. So sind 15 % Preissteigerungen im Jahr schon normal. Jetzt sind die serbischen Revisionistenführer einen Schritt weitergegangen: auch die serbischen Werktätigen sollen jetzt dem Staat zwangsweise Geld leihen. 'Konjunkturzuschlag' auch

können gegen ein ganzes Volk nicht bestehen, nicht mit Zuchthäusern, nicht mit KZs. Und so erreicht auch die Thieu-Clique mit ihren Greueltaten nur eins:

Die Flamme des Freiheitswillens lodert immer heftiger, der Hass auf die Unterdrücker ergreift immer mehr Menschen.

So am 26. Oktober, als über die 'Stimme Vietnams' die Erklärung der Demokratischen Republik Vietnam zum Stand der Verhandlungen über Südvietnam übertragen wurde.
Ganz Südvietnam hörte den verbotenen Sender. Auf den Strassen, in den Betrieben, den Universitäten und Schulen wurde erregt diskutiert.

'Diese Kriegsgewinnler', rief ein Arbeiter gegen die US-Mario-

Widerstand ihrer Soldaten. So verweigerten einige Soldaten der Marionettentruppen offen die Durchführung eines Befehls ihrer Offiziere, Obstgärten der Bevölkerung in einem Vorort zu verwüsten. Andere Soldaten haben sich nach der Radiosendung von ihren Angehörigen überzeugen lassen, dass ihr Platz nicht bei Thieu ist, sondern in ihren Heimatdörfern bei ihresgleichen, und sie haben der Marionettenarmee den Rücken gekehrt.

All das zeigt: es ist nur noch eine Frage von ganz kurzer Zeit, bis das vietnamesische Volk den Sieg errungen hat. Auch wenn Thieu sich heute noch gebärdet wie ein Tiger, so ist sein Gesicht doch angstverzerrt. Denn das Schicksal der US-Imperialisten in Vietnam und das ihrer Marionetten ist besiegelt.



Ermordet für die 'Freiheit' des Dollar-Imperialismus



Immer größer wird die Zahl der US-Bomberpiloten, die als Kriegsverbrecher vor die Volksgerichte der DRV gestellt werden!



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o	Immer: 43.7, 42.8
21.oo - 22.oo	und 26.2 Meter

Schriftenreihe eröffnet

Lernen wir vom sozialistischen Albanien, dem Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

Die in der ersten Broschüre dieser Schriftenreihe abgedruckten Sendungen geben uns eine hervorragende Waffe in die Hand, die marxistisch-leninistische Linie im täglichen Kampf gegen alle revisionistischen und opportunistischen Auffassungen durchzusetzen. Gerade heute, wo sich der Kampf zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus auch in unserem Land unablässig zuspitzt, wo es gilt, alle marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPD/ML einheitlich und fest zusammenzuschließen und die Zersplitterung der Kräfte zu bekämpfen, ist diese Broschüre von großer Bedeutung.

Die erste von der KPD/ML veröffentlichte Broschüre 'Ausgewählte Sendungen von Radio Tirana' trägt den Titel:

'Verteidigt den Marxismus-Leninismus – die wissenschaftliche Lehre der Arbeiterklasse – gegen alle revisionistischen und antimarxistischen Angriffe!'

Preis: 1,50 DM

Bestellungen an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchA Hamburg, Kto.Nr. 1935 72 – 207

Hinweis: Auch die erstmals beim Rotfront-Verlag Kiel erschienenen Broschüren mit ausgewählten Sendungen von Radio Tirana und Radio Peking können über die 'Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus' bezogen werden.

schen Werktätigen sollen jetzt dem Staat zwangsweise Geld leihen. 'Konjunkturzuschlag' auch in Jugoslawien. Jeder, der mehr als 1 600 Dinar monatlich verdient (Durchschnitt 1 500 Dinar gleich 300 DM) wird zur Kasse gebeten. Damit nicht genug, wird jetzt auch noch eine 'Stabilitätssteuer' eingeführt. Ein Auto kostet jetzt zusätzlich zum Beispiel noch zwischen 100 und 1 100 Dinar 'Stabilitätssteuer'. Kommentar der jugoslawischen Regierung: Nach dem Schlendrian der letzten Jahre, müssten solche Massnahmen den Bürgern eben zugemutet werden.

Das sind die Ausplünderungsmassnahmen von Kapitalisten, das ist die Sprache von Kapitalisten. Und das wissen auch die jugoslawischen Werktätigen ganz genau. Da nützt es nichts, wenn zur Vertuschung dieser Verhältnisse gleichzeitig eine 'Reinigungskampagne' gegen Korruption gestartet wird und von Massnahmen gegen die 'weitere Vertiefung der sozialen Kluft' gefaselt wird. Die 'soziale Kluft' ist die Ausbeutungsordnung. Und sie ist nicht durch Geschwätz der revisionistischen Führer, sondern nur durch die Revolution zu beseitigen.

Schüsse auf Mieter

Eine Belgrader Baufirma vertröstete die zukünftigem Mieter einer Neubauwohnung über ein Jahr lang mit dem Einzugstermin Nachdem die Mieter, die zum Teil bereits auf der Strasse sassen, vor die Häuser sogen und dort kampierten, gab die Baufirma ihren Wächtern Schiessbefehl. Sie gaben 'Warnschüsse' auf die Mieter ab. An diesem Vorfall zeigt sich klar, wer in diesem angeblich sozialistischen Land die Macht im Staat hat. Das Kapital nämlich, das zu seinem Schutz ausser der regulären Armee noch eine Privatarmee gegen das Volk einsetzt nach dem Modell des Werkschutzes wie er 'unseren' Kapitalisten zur Verfügung steht.

Eingeständnis der Sowjet-Revisionisten

Wirtschaftlicher Abstieg

Vor dem Obersten Sowjet legten der Chef der Planungsbehörde, Baibakow, und Finanzminister Garbusow den Volkswirtschaftsplan und das Budget für 1973 vor. In aller Eile wurden Zahlenkolonnen heruntergebetet, die aber nicht verschleiern konnten, dass es in der SU keinen Plan des sozialistischen Aufbaus mehr gibt. In der heutigen SU gibt es nur noch den Plan, wie die Sowjetwirtschaft immer mehr auf die kapitalistischen Gleise gebracht werden kann. Die 'Erfolge' eines solchen Plans zeigen sich immer deutlicher.

Gegenüber der Industrieproduktion von 1972 soll in diesem Jahr nur eine Steigerung von 5,8% statt 6,9% stattfinden. Dabei war die letztjährige Zuwachsquote bereits um 0,4% kleiner als geplant.

Von den 5,8% Zuwachs für 1973 entfallen 6,4% auf die Schwerindustrie und 4,5% auf die Leichtindustrie. 1972 sollte die Leichtindustrie noch 7,1% mehr herstellen. Es war damals die Rede gewesen von einem verstärkten Bemühen, den Lebensstandard des sowjetischen Volkes auf diese Weise zu erhöhen.

Aber in der heutigen Sowjetwirtschaft wird nicht mehr von den Interessen und Bedürfnissen des Volkes ausgegangen. Im Vordergrund steht die Herstellung einer kapitalistischen Profitwirtschaft von neuem Muster. Heute schon hat das sowjetische Wirtschaftssystem mit allen kapitalistischen Wirtschaftssystemen eines gemein: Die wachsenden und ständigen Krisen, Fehlplanungen, Vergeudungen sollen auf dem Rücken der Werktätigen abgeladen werden.

'Brüderchen, du machst Spaß'

"Bratok ty schuschtisch" – das ist eine typische Antwort von russischen Hausfrauen, wenn sie einkaufen. Sie glauben nicht recht zu hören, wenn ihnen die Händler und Bauern vom Lande die Preise für Kartoffeln, Obst und Gemüse nennen. Möhren, die das 15-fache der staatlichen Möhrenpreise kosten, sind keine Seltenheit. Bei Kartoffeln macht der Unterschied 900%. Aber was nützen feste Staatspreise, wenn Möhren und Kartoffeln in staatlichen Läden nicht zu finden sind.

Darum muss die sowjetische Hausfrau auf den 'freien Markt', auf den kapitalistischen Markt, der sich in der sowjetischen Landwirtschaft im Eilzugstempo ausweitet. Auf dem 'freien Markt' ist alles zu haben, wenn auch 'dosiert'. Schliesslich hat jetzt erst der Winter angefangen, und je knapper die Lebensmittel sind, desto höher wuchern die Preise der Händler und Bauern vom 'freien Markt'.

Die Zeiten für solche profitablen Geschäfte werden in der SU momentan immer besser. 30 Millionen Tonnen Getreide kamen dieses Jahr weniger in die Speicher. Planziel waren nach Baibakow 190 Millionen Tonnen. Verantwortlich für diese 'ernsthaften Mängel' waren nach Aussage des obersten 'Planungs'-chefs nicht nur das schlechte Wetter, sondern auch die mangelhafte Kapazitätzausnutzung und die schwache Produktionseffektivität. Einen 'radikalen Umschwung' der Sowjetwirtschaft in Richtung Produktionseffektivität hat entsprechend auch oberster Revisionisten-Chef Breshnew angekündigt.

Aber was versteckt sich hinter dieser mangelnden Kapazitätsauslastung und der schwachen Produktionseffektivität?

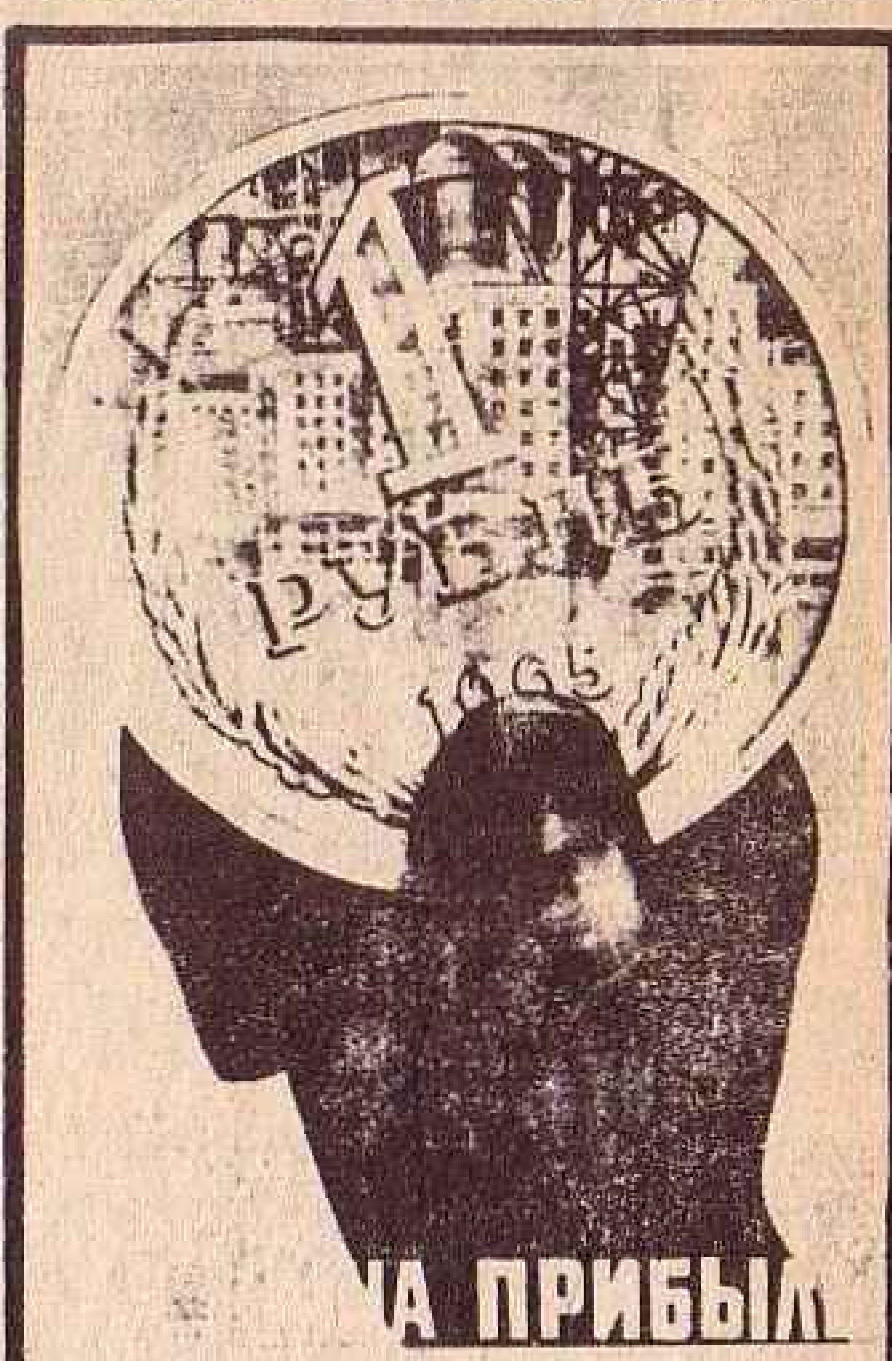
AUFBAU DES KAPITALISMUS

Arbeitskraft und Materialien verschwinden aus den staatlichen Betrieben und werden in den 'freien Sektor' gepumpt, wo die Profite schneller wachsen. Das geschieht nicht nur mit Hilfe von korrupten Betriebsdirektoren, das geschieht auch ganz offiziell. Seit Chruschtschows Zeiten wird die 'Eigenverantwortlichkeit' der Betriebsleitungen, die Ausrichtung auf das 'Rentabilitätsprinzip' propagiert. Gemeint ist damit, dass der zentrale gesamtwirtschaftliche Plan immer mehr abgebaut wird und danach produziert wird, wo der 'Markt' den besten Profit für die **einzelnen** Betriebsdirektoren bringt. Mit Prämien und 'Erfolgsbeteiligungen' haben diese neuen 'Unternehmer' ein unmittelbares Interesse an Gewinnen 'ihres' Betriebes. Unter dem Kommando der Sowjetrevisionisten und der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion häufen sich daher alle Erscheinungen der kapitalistischen Misswirtschaft: Ungleichzeitige Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, die den gesamten Mechanismus zum Erlahmen bringen, Überproduktion auf der einen Seite bei gleichzeitigen stilliegenden Kapazitäten, Preissteigerungen und Mangel an Waren für das werktätige Volk, Ausrichtung der Wirtschaft auf 'devisenbringende' Produktionszweige; statt auf die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, hohe Verschuldung an ausländische Kapitalisten, deren Zinsgewinne ebenfalls die Sowjet-Bürger zahlen müssen, das sind nur einige Erscheinungsformen.

Der 'Plan' der Sowjetrevisionisten in Moskau ist kein Wirtschaftsplan mehr, den die arbeitenden Klassen aufstellen, an dessen Erfüllung sie unter einheitlicher Führung mit Freude und Begeisterung arbeiten würden. Solche Pläne gehören in der Sowjetunion der Vergangenheit an, solche Pläne kennen heute nur **sozialistische** Länder wie China und Albanien.

Heute, wo die Sowjetwirtschaft immer mehr in den kapitalistischen Weltmarkt eingegliedert wird, werden auch in der Sowjetunion die Krisen- und Zerfallserscheinungen des kapitalistischen Weltmarktes zum tragen kommen. Es werden 'ernsthafte Mängel' auftreten, gegen die die heutigen Mängel nichts sind. Die revisionistischen Chefplaner in Moskau werden sich dann gewal-

sen über den 'sozialistischen Aufbau' die kapitalistischen Ursachen der Krisen zu verdecken.



Ein öffentliches Plakat der staatlichen Propaganda-Kommission in der heutigen Sowjetunion: Dem Volk soll weisgemacht werden, daß der Rubel die Quelle alles Reichtums sei. In Wirklichkeit treten die Sowjetrevisionisten damit den Marxismus mit Füßen. Nur die menschliche Arbeitskraft kann Werte schaffen. Die Bourgeoisie der Sowjetunion will mit solchen Plakaten das Gleiche erreichen wie die Kapitalisten-Propaganda bei uns: Den Werktätigen einreden, daß auch das 'Kapital' Werte schaffe und daher 'unersetzbar' in dieser Welt sei.

Die sowjetischen Arbeiter und Werktätigen aber werden erkennen, dass die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion wiederhergestellt werden muss und die Arbeiterklasse selbst das Steuer der Produktion ergreifen muss, damit den Preissteigerungen, der Korruption und der Ent-

ENTLASSUNGSTERROR

Moskau werden sich dann gewaltig anstrengen müssen, mit Phra-

... rechtung ein Ende gemacht wird.

Am 14. 12. demonstrierten Arbeiter aus den Metallbetrieben von Lollar in Hessen nach Schichtschluss vor dem Buderus-Werk. "Heute zwei, morgen viele, Kampf den politischen Entlassungen! Sofortige bedingungslose Zurücknahme der politischen Entlassungen!" waren ihre Forderungen. Die Entlassung zweier Buderus-Arbeiter war auch das Hauptthema der Diskussionen zwischen den Arbeitern.
Was war passiert?



Die Solidaritätskundgebung für zwei entlassene Metallarbeiter wurde mit Plakatparolen geführt.

Die beiden entlassenen Kollegen hatten in vorderster Front den Kampf für die Metalltarifrunde vorbereitet. Am Arbeitsplatz und auf einer Betriebsversammlung hatten sie offen gesagt, was sie von den Bonzen in der IGM denken. Sie sagten klar, dass die Forderung nach 60 Pfennig, die die IGM-Führer in diesem Jahr aufgestellt haben, keine Forderung nach mehr Lohn ist, sondern ein Ja der Bonzen zum Lohnabbau. Sie traten offen für das ein, was viele Kollegen dachten: Nicht 60 Pfennig brauchen wir, sondern 1,50 DM.

Mit einem Wort, sie waren oppositionelle Gewerkschafter. Und deshalb den Bossen wie den Bonzen ein Dorn im Auge. Die Bosse kündigten ihnen und der Betriebsrat stimmte zu.

Aber dieser Terror verstärkte nur die Kampfbereitschaft aller Kollegen.

Nicht nur den Buderus-Kapitalisten gehörte für diesen Angriff die gehörige Antwort, genauso den Verrätern im Betriebsrat.

Die gewerkschaftsoppositionelle Gruppe bei Buderus nahm den Kampf auf. Bei der Demonstration vor den Betriebstoren forderte sie: "Stellen wir diese sauberen Arbeitervertreter zur Rede, zeigen wir der Geschäftsleitung unsere Geschlossenheit ... Öffentliche Betriebsratssitzungen zu den Entlassungen! Die einzelnen Betriebsräte sollen zeigen, auf welcher Seite sie stehen. Der Betriebsrat muß seine Unterschrift zu den Entlassungen zurücknehmen. Einberufung einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung!"

Die Empörung unter den Kollegen über diesen Angriff war gross. Einer meinte: "Der Angriff geht gegen uns alle. Die Geschäftsleitung hat gemerkt, dass der Lohnkampf diesmal schon besser vorbereitet ist."

Angesichts dieser Kampfbereitschaft bekamen die Bonzen einen Heidenschreck. Auf der Betriebsversammlung am nächsten Tag wagten sie keinen Ton zu ihrem Verhalten zu sagen. Stattdessen brachten sie Lügen auf den Tisch. So soll angeblich einer der Kollegen zu einem freigestellten Betriebsrat gesagt haben, er bekäme seine Anweisungen aus Albanien. Aber mit solchen billigen Tricks können die Bonzen die beiden oppositionellen Gewerkschafter nicht bei den Kollegen madig machen. Sie haben lange genug erlebt, wer sich für ihre Interessen einsetzt und wer sie verrät. Ein Kollege sagte: "Die Empörung über die niedrigen Löhne und die schäbigen Forderungen der IG-Metall-Führung war noch nie so gross. Die Kampfbereitschaft der Metaller ist so gross, dass sich die Buderus-Bosse bereit erklärt haben, 'freiwillig' im Voraus 27 Pfennig mehr zu zahlen.

Der Kampf geht weiter: für die beiden entlassenen Kollegen! Für die Arbeiterforderungen in dieser Metallohnrunde!

Schüler und Studenten in Westberlin:

30.000 streikten

6 000 Studenten demonstrierten am 24. 11. in Westberlin. Das war der Auftakt zu einer Protestwelle gegen den reaktionären Löffler-Plan des Senats. An den folgenden Tagen wurde an den Universitäten, den Fachhochschulen und auch einigen Schulen gestreikt.

Auch hier wieder: Trotz der modernen Revisionisten. Aber sie erlitten hier eine klare Abfuhr. Auf der grossen Streikversammlung aller Studenten Westberlins in der TU am 6.12. traten sie mit einer Resolution zum Abbruch des Streiks auf. Buhrufe und Rufe wie 'Spalter' waren die Antwort der Studenten.

Jetzt trat die Bourgeoisie auf den Plan. Mit Drohung, das Semester nicht anzuerkennen, mit brutalem Polizeiknüppeleinsatz zur Unterstützung von Streikbrechern bei den Medizinstudenten versuchten sie, die Studenten einzuschüchtern. Aber nichts da! Der Kampf ging auf noch breiterer Front weiter. Am 13.12. streikten 30 000 Studenten und Schüler. Es wurden Streikräte an den Hochschulen gebildet, die in einem regionalen Streikrat zusammengefasst wurden. Arbeitsgruppen wurden organisiert, in denen einerseits politisch diskutiert wurde, von denen andererseits Streikposten gestellt und Transparente gemalt wurden.

Am 13.12. fand eine Grossveranstaltung des regionalen Streikkomitees statt. Es wurde beschlossen, den Kampf jetzt auszusetzen, aber auf jeden Fall nach den Weihnachtsferien weiterzukämpfen. Hier wurde auch berichtet von den Mietkämpfen in Westberlin, von den Kämpfen in den Betrieben. Ein Kollege der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter bei Wernerwerk Siemens berichtete vom Lohnkampf und vom Kampf gegen politische Entlassungen. Er rief dazu auf, für die OSO, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der spanischen Kollegen zu sammeln. Über 900 DM kamen dabei zusammen.

Ausserdem wurde eine Resolution des KSB/ML verabschiedet, in der die Studenten der nationalen Gewerkschaftsopposition ihre solidarischen Kampfesgrüsse – besonders für die Metalltarifrunde übermitteln. Am Schluss der Resolution heisst es:

"Wir wissen, dass wir an einem Frontabschnitt mit euch stehen im Kampf gegen jegliche Ausbeutung und Unterdrückung In diesem Sinne werden wir unseren Kampf weiterführen, im Sinne des revolutionären Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Studenten."

SPITZEL GEGEN FORTSCHRITTLICHE STUDENTEN

Nach dem Polizeieinsatz auf der Universität Heidelberg gab sich die Landesregierung von NRW 'liberal': Sie brauchte keine Polizei gegen die Studenten, hier würden die Professoren die Probleme durch Diskussion mit den Studenten lösen.

Und so sieht das dann an der Hochschule aus:
In Dortmund an der Pädagogischen Hochschule sassen plötzlich in einem Seminar zwei Männer, die keiner je an der Hochschule gesehen hatte. Dafür waren sie aber von Demonstrationen her bekannt – als Spitzel der politischen Polizei. Einige Studenten entlarvten die Spitzel und verlangten, dass sie sofort zu verschwinden hätten. Kommentar des Professors: Was wollen Sie denn, die Herren wollen eben wissen, was sich bei uns politisch tut!

Das ist kein Einzelfall. Und noch mehr Spitzel als bisher sollen jetzt ihre acht-Groschen-Arbeit tun. Und zwar 'besonders qualifizierte Beamte', wie Innenminister Weyer androhte. Ausserdem soll das Landesamt für Verfassungsschutz um 25 Leute verstärkt werden.

Dieser hinterlistige Polizeiterror gilt in erster Linie den 6000 ausländischen Studenten, die in NRW studieren. Aber natürlich nicht nur. Denn die Streiks und Demonstrationen der letzten Zeit haben den Herrschenden gezeigt, dass es vorbei ist mit der relativen 'Ruhe an den Hochschulen'. Der Kampf geht weiter – entschlossener als je zuvor.

Wer sind die Verbrecher?

Fortsetzung von Seite 1

zu nennen. Schwedens Ministerpräsident Palme verglich die Bombenangriffe auf Hanoi, bei denen auch Krankenhäuser angegriffen wurden und mehrere schwedische Ärzte und Krankenschwestern ums Leben kamen, mit den faschistischen Greueln wie die Bombenangriffe auf Guernica (Spanien 1936), Ouradour und Lidice.

Wie die Führungsclique der Nazis nach dem Krieg in Nürnberg, so gehört heute der Präsident Nixon entsprechend dem Völkerrecht an den Galgen. Doch während sich die Völker empören, während selbst bürgerliche Politiker in aller Welt ihre Stimme erheben, schweigt die Bundesregierung. Und nichts ist widerlicher als der die Verbrechen des USA-Imperialismus stillschweigend billigende, ja unterstützende und 'Frieden' heuchelnde Bundeskanzler Brandt.

Der Mann ist nur ein billiger Knecht der westdeutschen und amerikanischen Imperialisten, nicht besser als Nixon. Und während die Völker der Welt den USA-Imperialismus als Weltfeind Nr. 1 verurteilen; angreifen und bekämpfen, werden in der deutschen Bundesrepublik die, die ein gleiches tun, in die Kerker geworfen, gefoltert und verfolgt. Grund: Sie hatten sich bei ihren Protesten gegen den Massenmord in Vietnam nicht an die bestehenden bürgerlichen Gesetze gehalten. Ein typisches

Prozesslavine kommt ins Rollen

Gegen zahlreiche Teilnehmer an den Demonstrationen zum Antikriegstag in München gegen die Polizei- und Notstandsolympiade werden jetzt die Prozesse vorbereitet. Der brutale Polizeiterror; die masslose Hetze der Imperialisten und ihrer Presse gegen diese Demonstrationen der KPD/ML und die zum Teil wochenlange Inhaftierung einiger Genossen lässt klar erkennen: Die Klassenjustiz will mit abschreckenden Gefängnisstrafen vorgehen. Sie will mit diesen Prozessen die Notwendigkeit des Verbots der KPD/ML nachweisen. Aber die Angeklagten werden in diesen Prozessen nicht allein stehen. Es ist klar; dass die KPD/ML; alle Kommunisten; alle fortschrittlichen Kräfte sie in diesen Prozessen unterstützen werden. Auch diese Prozesse gegen die aktiven Kämpfer am Antikriegstag in München müssen zu einem Tribunal gegen die Klassenjustiz der westdeutschen Imperialisten gemacht werden. Unterstützt auch mit Spenden auf das Solidaritätskonto die Verteidigung der Genossen und die Vorbereitung von massiven Solidaritätsaktionen.

Beglaubigte Abschrift

Aktenzeichen [geschwärzt]
Obiges Aktenzeichen bei Rückantwort angeben

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München I

8 München 35, den 15.12.1972
Postfach
Justizgebäude Maxburgstraße
Fernruf 55971
Durchwahl 5597

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen [geschwärzt]
wegen Widerstand u.a.
besonders schweren Landfriedensbruchs, § 125 a StGB

Verfügung

Die Ermittlungen sind abgeschlossen.
Dem Beschuldigten wird anheimgestellt,

bis spätestens 31.12.1972

zu erklären, ob er einzelne Beweiserhebungen beantragen oder Einwendungen gegen die Einreichung der Anklageschrift zur Großen Strafkammer – ~~Jugendkammer~~ der Landgerichts München I vorbringen will.
Bis zu dem angegebenen Zeitpunkt kann er außerdem beantragen, durch den Staatsanwalt zu dem Ergebnis der Ermittlungen mündlich gehört zu werden.

gez. Weiß
Staatsanwalt

Beglaubigt: 13. Dez 1972
München, den

Kampf der Klassenjustiz!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Schluss mit der Verfolgung und

SOLIDARITÄTSKOMITEE

8. 12.	Rote Garde Waldeck	32,–
13. 12.	Parteiveranstaltung in Neumünster	80,–
		112,–

Spenden auf Konto: **Wagner, Dorotheenstraße**
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Solidarität'

Wir danken den Genossen für die Unterstützung der spanischen Kollegen bei Opel-Bochum.

Argument der herrschenden Klasse! 'Wir sind doch gar nicht so – wir haben doch eine Demokratie. Demonstrieren? – Na bitte; – anmelden; genehmigen lassen; die Straße; dann die Straße.' Polizeiwagen vorne; Polizeiwagen hinten; und an irgendeinem Fenster der Marschroute eine Kamera; die jeden Demonstranten für später ... registriert. 'Ihr dürft auch Eure Parolen rufen und auch rote Fahnen sind gestattet. Aber wehe ihr betretet den Rasen vor einer amerikanischen Botschaft oder dringt gar in eine Bannmeile ein.' Dann geht's drauf! Knüppel frei!

Dann werden wie in München bei der Demonstration gegen die Errichtung von Bannmeilen bei der Polizeiolympiade einer jungen Demonstrantin von 4 Polizisten Arme und Beine auseinandergerissen; während ein Fünfter sie mit einem Knüppel auf die Geschlechtsteile schlägt. Der Geist von Ausschwitz und Treblinka wird wach. Und die Schreiber und Genscher grinsen im Hintergrund. Bravo; Bravo.

Und da gibt es Leute; 'Linke'; angebliche; die sagen: "Aber aber; das dürft ihr doch nicht. Seht mal; wir haben doch einen so ordentlichen Staat und eine 'Friedensregierung'; von Faschisierung kann man da gar nicht reden. Haltet Euch an die Gesetze; stellt Euch wie wir auf den Boden des Grundgesetzes; der Verfassung; dann passiert Euch gar nichts. Seht doch uns an; unsere ... Führer bekommen kein Verfahren."

Lenin verhöhnte solche Leute als Spießbürger; als Leute; die; wenn sie einen Bahnhof besetzen wollen; vorher eine Bahnsteigkarte lösen.

Es ist richtig: D'K'P-Bachmann kommt nicht vors Gericht. Warum auch. Er verdient sich höchstens einen Orden der Bourgeoisie mit Brillanten und Friedenskreuz. Weil er und seine Partei so die Massen nicht zum revolutionären Kampf; sondern brav zur Bewahrung des bürgerlichen Rechtsstaats erziehen. Nein; vor die Schranken des Gerichts zerrt man; wie vor 10 Jahren; als man ihn wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot verurteilte und wegen 'Staatsgefährdung' anklagte; den Vorsitzenden unserer Partei; Genossen Ernst Aust.

Sie aber; die Bachmanns; die Mies; die Erlebachs und Polikeits; haben die KPD; die Partei Ernst Thälmanns; verraten.

Was wirft die Anklage dem Genossen Ernst Aust vor?

Unter anderem: 'im Juni 1972 die im Paragraph 1938 Abs. 1 StGB genannten Verbrechen des Mordes und Herbeiführung einer Explosion; nachdem sie begangen worden waren; öffentlich gebilligt zu haben'.

Bekanntlich handelt es sich dabei um die Bombenanschläge auf das europäische Hauptquartier (!) der US-Armee in Heidelberg und ein Offizierskasino der USA-Besatzer in Frankfurt am 11. 5. und am 24. 5. 72; bei dem 4 US-Offiziere und -Soldaten den Tod fanden.

Auch damals im Frühjahr 1972 ging ein Sturm des Protests gegen die von den USA-Imperialisten wieder aufgenommenen Flächenbombardements in Vietnam; gegen die planmäßige Zerstörung von Schulen nud Krankenhä sern; Kraftwerken und Deichen um die Welt. Während Nixons Kriegsgeneräle erklärten; sie würden Vietnam in die Steinzeit bombardieren; antwortete das vietnamesische Volk mit verstärktem heldenhaftem Widerstand und befreite im Gegenschlag Stadt um Stadt; Provinz um Provinz seiner Heimat; antworteten die Völker der Welt mit Protesten; Demonstrationen; Brand- und Bombenanschlägen auf offizielle Gebäude der Vereinigten Staaten; die Botschaften und Amerika-Häuser und ihrer Aggressionsarmee.

In diesem Zusammenhang standen auch die Bombenanschläge in Heidelberg und in Frankfurt; und sie wurden von uns als Ausdruck des berechtigten Hasses großer Teile des deutschen Volkes gegen die völkermordenden USA-Imperialisten begrüßt.

Kriminalisierung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften!

30. 11.	Berlin, Postl.K. A 04[illegible]	30,–
11. 12.	B.Pf., Kempten	20,–
13. 12.	Kneipenrunde der Roten Stadtteilgruppe Kreuzberg	119,17
		169,17

In westdeutschen Gefängnissen: Foltermethoden gegen politische Häftlinge

Marianne Herzog zum Wrack gemacht

Marianne Herzog wurde am 2. Dezember 1971 in Köln von der politischen Polizei festgenommen. Sie wurde beschuldigt, zur RAF zu gehören. Seit Mai letzten Jahres befindet sie sich in strengster Isolierung des Mainzer Gefängnisses. "Sie war gesund", als sie eingeliefert wurde, sagen ihre Anwälte Inge Hornischer und Johannes Riemann. Nach über 9 Monaten Isolierhaft in einem westdeutschen Gefängnis ist Marianne Herzog ein körperliches Wrack!

M. Herzog ist nicht in einem Frauengefängnis untergebracht, sondern in einer Durchgangsanstalt, in der normalerweise kein Häftling länger als drei Monate bleibt. In dieser Durchgangsanstalt gibt es nicht die lebensnotwendigen Einrichtungen – z.B. ärztliche Betreuung.

Im Juni 1972 wurde festgestellt, dass mehrere Zähne von Marianne Herzog stark vereitert sind. Statt einer Behandlung bekommt sie Schmerztabletten und Valium. Im November erlitt sie Schwäche- und Schwindelanfälle, Herzattacken und Sehstörungen. Sie war vollkommen abgemagert. (48 Kilo bei 170 cm Grösse)

Auch seelisch soll Marianne Herzog fertig gemacht werden. Sie befindet sich allein in einer Zelle. Alle Zellen in ihrem Flur sind unbelegt. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen sind ihr verboten. Vom 15. Juni bis zum 19. November 1972 wurden nur zwei Besuche zugelassen: Jeder 15 Minuten!

All diese Tatsachen bestreitet die Mainzer Anstaltsleitung mit keinem Wort. Sie hat dafür nur noch den Hohn übrig: Ihre Anwälte dürfen sie seit neuestem nicht mehr besuchen. Begründung der Anstaltsleitung: Ein Beschuldigter, der so entkräftet ist, dass er nur noch liegen kann, verliert den Anspruch auf Kontakt mit dem Verteidiger. Am Krankenbett dürfen die Verteidiger ihre Mandantin nicht aufsuchen.

Justiz, Polizei und Gefängnisse waren und sind treue Diener dieses Ausbeuterstaates. Wo politischer Widerstand sich regt, da kennen sie kein Erbarmen. Die Wahrheit darüber soll hinter Kerkermauern unterdrückt werden. Aber die Wahrheit lässt sich nicht hinter Gitter sperren!

Für solche Typen, wie die Mainzer Anstaltsleitung trifft eine Strophe aus einem Arbeiterlied zu, das schon über 100 Jahre alt ist:

Für solches Gesindel, keine ehrlichen Flinten!
Einen Strick um den Hals – und einen Tritt von hinten!

Heuchlerisch jammerte damals die Bundesregierung und die ihr hörige Presse; denen mit keinem Wort Kritik an den bestialischen Verbrechen des USA-Imperialismus über den Tod der 4 amerikanischen Offiziere und Soldaten; Offiziere und Soldaten; die eben hier in der Bundesrepublik für ihre Mordaufgaben in Vietnam gedrillt werden. Sie sprechen heute durch den Mund des Staatsanwalts von Mord.

Wir aber schrieben: 'Die Schuld am Tod dieser GI's trägt niemand anderer als die amerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Komplizen. Wir sind keine Pazifisten. Unsere Losung heißt nicht: Verschont die USA-Besatzer vor Bombenterror; sondern: USA-Besatzer raus aus Deutschland! Und dazu stehen wir noch heute.

Auf die Anklagebank gehört nicht der Genosse Ernst Aust. Auf die Anklagebank gehört die Bundesregierung; gehört Bundeskanzler Brandt; gehören alle; die durch Unterstützung und Duldung die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam; den Massenmord an zig-tausenden Männern; Frauen; Kindern und Greisen erst möglich machen. Sie sind die Verbrecher; die Komplizen der Mörder.

FREIHEIT FÜR ERNST AUST!

VORWÄRTS IN DER ROTEN GARDE, VORWÄRTS IN DER KPD/ML!

AUFRUF

an alle Genossen des KJVD und der 'ROTE FAHNE'(Bochum

Genossinnen, Genossen!

Eure Organisation zerfällt. Ganze Orts- und Landesverbände verweigern dem Zentralbüro die Gefolgschaft. Weder die angekündigte Parteikonferenz, noch die Wahl eines provisorischen ZB, oder gar die Durchführung eines '2. Parteitags' werden korrekt zustande kommen und durchgeführt werden können. Euer Zentralorgan, die Rote Fahne, erscheint nur noch unregelmässig. Immer mehr weigern sich, sie überhaupt noch zu vertreiben. Eure Organisation nimmt am Klassenkampf kaum noch teil. Eure ehemalige Führung versucht vergeblich mit opportunistischen Selbstkritiken und organisatorischen Tricks und Drohungen die Kritik an der Basis abzuwürgen.

Aber die Zerfallserscheinungen Eurer Organisation sind nur die eine Seite. Auf der anderen Seite setzten sich immer mehr Genossen gegen diese Machenschaften des alten ZB und seine Versuche zur Wehr, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu vermengen, wie es in den letzten Stellungnahmen des ZB besonders deutlich zum Ausdruck kam. Der alten, inzwischen zerstrittenen Führung nutzt es nichts mehr, unter dem Vorwand, 'die Partei nicht der Bourgeoisie preiszugeben', neue Pläne zu schmieden. Pläne, wie sie unter Ausschaltung der Basis sich wieder stabilisieren kann, um die opportunistische Politik ungehindert fortzusetzen. Diese Tricks werden heute durchschaut. In diese Führung und ihre Linie gibt es heute kein Vertrauen mehr. In Eurer Organisation und ihrem Sympathisantenkreis bildet sich eine starke linke Fraktion heraus, die im wesentlichen die Kritik unserer Partei am ZB teilt, und die weitgehend mit der Linie unserer Partei übereinstimmt.

Diese Genossen haben erkannt, dass die Abspaltung von der Partei durch die Genger-Weinfurt-Dickhut-Gruppe, trotz der zum Teil schweren Fehler, die die Partei damals machte, ein spalterisches Unternehmen zum Schaden der westdeutschen und westberliner Arbeiterklasse und zum Nutzen des Klassenfeinds war. Sie haben erkannt, dass das ZB eine rechtsopportunistische Politik betrieb und mit seinen Theorien – z.B. der sozialistischen Revolution in Westdeutschland müsse erst eine demokratische Revolution vorangestellt werden – den modernen Revisionisten in die Hände arbeitete.

Der Schritt zur Einheit ist möglich!

Von einigen Genossen der sich bei Euch herausbildenden linken Fraktion wird kritisiert, dass sich eine Reihe von Genossen und einige Betriebsgruppen bereits ohne ausreichenden ideologischen Kampf unter die Führung der Partei gestellt haben. Die Kritik ist dann berechtigt, wenn sich Genossen ohne sorgfältige Prüfung oder klammheimlich der Partei zuwenden, ihre bisherigen Kontakte abbrechen und den Genossen, mit denen sie bisher zusammen gekämpft haben, ihren Schritt nicht erklären. Wir erwarten von allen Genossen, die den Schritt zur Partei machen, dass sie dafür kämpfen, dass möglichst viele andere Genossen diesen Schritt einsehen und den gleichen Weg gehen.

Wenn aber Genossen, für die der Schritt zur Partei bereits völlig klar ist und die für diese Auffassung auch den Kampf in ihren Kollektiven geführt haben, die Konsequenzen ziehen, auch wenn noch nicht alle in ihrer bisherigen Gruppe bereit sind, den gleichen Weg zu gehen, so ist das nicht falsch, sondern richtig. Mit dem Kampf unter der Führung der Partei kann nicht gewartet werden, bis auch der letzte in Eurer Organisation diesen Schritt einsieht. Denn der Klassenkampf steht nicht still. Die Rote Garde und die Partei brauchen heute jeden aufrechten Kommunisten, der bereit ist, unter ihrer Führung dem Klassenfeind die Faust ins Gesicht zu schlagen.

"Neue Führer" auf alter Linie

Genossen, es treten jetzt eine Reihe von neuen Führern auf, die sagen, dass die Linie des ZB nicht grundsätzlich falsch war, sondern 'nur schwere, aber korrigierbare Fehler enthielt', und dass das alte ZB in erster Linie versagt habe. Also sei es jetzt die Aufgabe, ein neues besseres ZB oder ein anderes provisorisches Gremium zu schaffen, das die Organisation zusammenhält und neue Pläne für die politische Linie ausarbeitet. Was wollen diese Leute?

Sie wollen weiter eine Politik betreiben, die von der sozialistischen Revolution ablenkt und das Paktieren mit dem modernen Revisionismus fortsetzt. Sie wollen nur die Pferde wechseln, um den Karren weiter in den revisionistischen Sumpf zu zerren. Laßt Euch von ihnen nicht einspannen. Es lag nicht daran, daß im ZB 'unfähige' Leute saßen, sondern daß ihre Linie zum Scheitern verurteilt ist. Erteilt allen Wiederbelebungsversuchen der revisionistischen Linie eine klare Abfuhr. Es geht darum, endlich einen klaren Trennungsstrich zum modernen Revisionismus zu ziehen. Auf keinen Fall aber darum, nachdem das alte ZB mit seinem Seiltanz zwischen Marxismus-Leninismus und modernem

Grosse Gefahr durch Liquidatorentum!

Genossen, fallt auf diesen Trick nicht herein. Es war nicht falsch, dass ihr bisher für eine bolschewistische Partei, gegen das Zirkelgestrüpp aufgetreten seid. Falsch war es, auf eine Führung zu vertrauen, die aus dem Kampf gegen die KPD/ML hervorging, und teils zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus hin und her schwankte, teils bewusst dem modernen Revisionismus in die Hände arbeitete.

Euren bisherigen Kampf gegen Zirkelunwesen und Liquidatorentum müßt ihr noch konsequenter, auf einer höheren Ebene, mit dem Ziel der Einheit in den Reihen der KPD/ML führen.

Hier muss klar unterschieden werden: Die Auflösung, um eine neue Einheit, die Einheit in der KPD/ML zu erreichen, ist etwas ganz anderes als zurück ins Zirkelwesen, an die Studierstuben und ins Privatleben zu gehen.

Ihr wißt, daß die Partei gegen diese Liquidatoren, die jetzt auch bei Euch offen auftreten, einen erbarmungslosen Kampf geführt hat und die Verfechter dieser Linie aus ihren Reihen entfernt hat. Und wir stimmen mit Euch voll überein, daß es zu einer solchen Liquidierung Eurer Organisation nicht kommen darf. Dies würde nur dem Klassenfeind nützen. Wir erwarten von Euch, daß auch ihr gegen diese Liquidatoren einen unerbittlichen Kampf führt.

Sicher, Ihr werdet nicht verhindern können, dass jetzt einige Intellektuelle in die Studierstuben und damit aus dem Klassenkampf flüchten oder als Zirkelführer Karriere machen wollen. Ihr könnt auch nicht verhindern, dass sich einige kleinbürgerliche Intellektuelle an die Organisationen heranmachen, in denen eine kleinbürgerliche Führung ihnen am gesichertsten erscheint, wie etwa bei der 'KPD'/AO, die bereits in ihrer Gründungserklärung 1970 kleinbürgerlichen Studentenführern die 'Berufsperspektive' eröffnete, sich zu Führern der Arbeiterklasse zu ernennen. Solche Genossen haben in einer Kommunistischen Partei nichts verloren.

Es geht uns aber um die proletarischen Genossen die für den Kommunismus kämpfen wollen und auch um die intellektuellen Genossen, die ihre Klasse verraten die bereit sind, sich eng mit den werktätigen Massen zu verbinden und sich unter die Führung des Proletariats stellen. Ihr müßt jetzt mit aller Kraft dafür kämpfen, daß diese Genossen nicht verwirrt werden und erneut in die Hände falscher Führer geraten.

ist möglich!

Diese Genossen haben erkannt – auch wenn es z.B. über den politischen Einfluß der SPD auf die Arbeiterklasse noch Meinungsverschiedenheiten zu uns gibt – daß auch in Westdeutschland ideologisch der moderne Revisionismus der gefährlichste Agent der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse ist.
Sie stimmen mit der Linie der Partei darin überein, daß der ideologische Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in erster Linie im Kampf gegen den modernen Revisionismus hergestellt werden muß und sie wissen, daß es keinen Schritt zurück zum Zirkelunwesen geben darf, sondern nur einen Weg vorwärts: zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML.

Sicher hat unsere Kritik an der Linie des ZB diese Entwicklung innerhalb der Organisation Rote Fahne stark beeinflusst. In der letzten Zeit haben aber immer mehr Genossen von Euch diesen Kampf selbst konsequent in Angriff genommen. Dieser gemeinsame Kampf gegen den Opportunismus des ZB, für die Einheit der Marxisten-Leninisten, hat dazu geführt, dass für viele Eurer Genossen die entscheidenden Barrieren, die einer Einigung im Wege standen, bereits gefallen sind. Eine Reihe von Genossen und einige Betriebs- und Ortsgruppen setzen heute bereits den Kampf unter Führung der Partei fort oder stehen unmittelbar vor diesem Schritt.

Für viele, die sich der Partei genähert haben, sind noch einige wichtige Fragen offen geblieben und natürlich müssen sie geklärt werden, bevor die Einheit hergestellt werden kann. Es ist auch selbstverständlich, dass die Vereinigung der Genossen des KJVD in der Roten Garde leichter möglich ist als in der Partei. Ihr wisst selbst, dass es falsch wäre, wenn Genossen ohne gründliche Prüfung, ohne sich völlig sicher zu sein, der Partei anschliessen würden. Ihr wisst selbst, dass die Partei kein Verein ist, in den man nach einer Augenblicksentscheidung eintritt, um beim nächsten Zweifel wieder auszutreten. Und ihr wisst auch, dass die Partei, der höchste Kampfstab der Arbeiterklasse, standfeste Genossen braucht und wachsam sein muss, dass durch voreilige Aufnahme keine Grundlagen für eine Fraktion geschaffen werden, für die es in den Reihen einer Kommunistischen Partei keinen Platz gibt.

Der Schritt muss getan werden!

Auf der anderen Seite aber dürfen wir keinen Moment vergessen: ebenso wie die Zersplitterung der Marxisten-Leninisten und das Zirkelunwesen, so nutzt der Bourgeoisie auch die Aufrechterhaltung der Trennung zu Euch, wenn die entscheidenden Barrieren, die einer Einheit im Wege standen, beseitigt sind.

Sind mit den ehrlichen Genossen die wesentlichen Fragen geklärt, bleiben nur Differenzen übrig, die es innerhalb einer Kommunistischen Partei geben kann und immer geben wird, und die nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus und der Kritik und Selbstkritik zu lösen sind, dann muss die Einheit auch organisatorisch geschaffen werden.

Hier darf es kein falsches Zögern und Abwarten geben. Hier darf man nicht davon ausgehen, daß auch das letztei-Tüpfelchen erst noch in monatelanger Untersuchung geklärt sein muß.

Seiltanz zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus auf die Nase gefallen ist, einen 'besseren' noch geschickteren Seiltänzer zu finden.

Vorwärts auf der Linie des 2.Parteitages der KPD/ML!

Im Kampf gegen den modernen Revisionismus die Einheit aller Marxisten-Leninisten herstellen, das ist die Linie unserer Partei, die auf dem zweiten Parteitag eindeutig bestimmt wurde. Das ist in Eurer Organisation jetzt die wichtigste Aufgabe, die ihr für die Einheit der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin leisten müsst. Ihr seid jetzt bereits erfolgreich vorangekommen. Jetzt darf nicht auf halbem Wege halt gemacht, jetzt muss dieser Weg konsequent weitergegangen werden.

Verstärkt den Kampf für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML. Unsere Partei wird Euch in diesem Kampf an allen Fronten unterstützen. Lassen wir nicht zu, daß der Teufelskreis erneut beginnt; verhindern wir gemeinsam, daß der Name KPD/ML wieder von einigen mißbraucht werden kann, die den Anschluß an den modernen Revisionismus suchen. Jetzt muß diesen Spaltern der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und in Westberlin der Boden unter den Füßen entzogen werden.

Zur Frage der führenden Genossen und Kader der ZB-Organisation:
Wir unterscheiden hier klar zwischen denjenigen Genossen, die aufgrund falscher Vorstellungen und Fehler nicht fähig waren, die Schwächen und Mängel der KPD/ML richtig einzuschätzen und richtig daraufhin zu handeln. Diese Genossen hatten verantwortliche Funktionen in der ZB-Spalterorganisation, und von ihnen wird eine gründliche Selbstkritik erwartet und eine genaue Überprufung durch die Partei stattfinden. Allerdings sehen wir bei diesem Teil der führenden Kader, dass sie trotz der gemachten Fehler letztendlich vom Wunsch ausgingen, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Ausbeuterstaat zu führen und eine bolschewistische Partei aufzubauen. Diese Genossen versuchten mit ihrer Klasse zu kämpfen.

Im Unterschied dazu gab und gibt es führende Kader der ZB-Organisation, die nicht in einzelnen Fragen Fehler machten und die nicht vom Interesse der Arbeiterbewegung, der Revolution ausgingen. Es sind unverbesserliche Karrieristen und Opportunisten, die von Anfang an alles versuchten, die revisionistische Linie im ZB zu verbreiten und auszubauen. Es handelt sich um Elemente, die zur Aufgabe aller Prinzipien bereit sind, wenn es darum geht, der KPD/ML zu schaden. Zu diesen Elementen muss ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. Die Partei hat genügend schlechte Erfahrung mit diesen Typen gemacht. Diese Erfahrung wird uns jetzt sehr nützen bei der Entlarvung dieser Agenten.

Genossen, es treten bei Euch jetzt neue Führer auf, die den Zerfall der ZB-Partei zum Anlass nehmen, das Zirkelunwesen als notwendiges Stadium zu propagieren. Sie sagen, der Zerfall der ZB-Partei sei ein Beweis, dass die KPD/ML 1968/69 zu früh gegründet wurde; nun müsse man zurück zum Zirkelwesen gehen, um die Grundlagen für eine wirkliche Kommunistische Partei zu legen.

neut in die Hände falscher Führer geraten.

Kämpfen wir um jeden Kommunisten!

Genossen, viele von Euch haben den Verrat der ZB-Führung in seiner ganzen Tragweite noch nicht begriffen. Sie sind sich noch nicht klar übe die grundlegenden Differenzen. Sie kennen den Standpunk der Partei noch nicht, nur die Verzerrungen und Verfälschu gen, die die alten ZB-Führer lieferten.

Genossen, prüft gewissenhaft die Linie und Politik der Partei. Lest unser Zentralorgan ROTE MORGEN. Befaßt Euch auch mit den Stellungnahme in denen wir uns mit der Linie des ZB auseinanderge setzt haben. Nehmt Verbindung auf mit dem linken Flügel in Eurer Organisation, die jetzt den Kampf gegen die revisionistische Linie des ZB mit voller Kraft i Angriff genommen haben. Setzt Euch mit der Roten Garde und der Partei in Verbindung. Wir sind bereit, mit Euch überall und auf allen Ebenen Gespräche zu führen; mit einzelnen Genossen, mit jeder Betriebs- und Ortsgruppe usw., mit den sich herausbildenden Fraktionen.

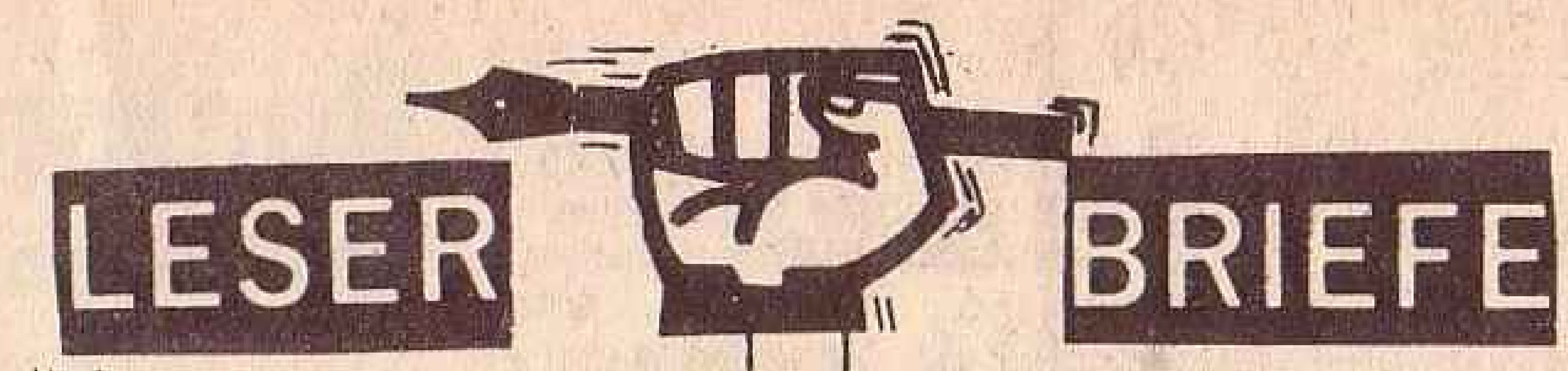
Kommunisten kämpfen gemeinsam

Aber eines, Genossen, dürfen wir nicht vergessen. Unsere Einheit ist nicht unabhängig vom Klassenkampf zu erreichen, der Kampf um die Einheit ist Teil und Ausdruck des Klassenkampfes. Grosse Aufgaben stehen unmittelbar vor uns. Die nächsten Wochen brauchen unseren vollen Einsatz.
Einheit im täglichen Kampf! Die prinzipiellen Fragen, Diskussionen müssen im Zusammenhang mit diesen aktuellen, täglichen Kampfaufgaben geführt werden. Aufgepasst auf liquidatorische und intellektualistische Schwätzer, die uns davon abhalten wollen!

Unsere Partei hat damals, im Frühjahr 1970, als sich die Genger-Weinfurt-Dickhut-Gruppe von der Partei abspaltete, selbst eine Reihe schwerer Fehler gemacht. Das ZK hat bereits eindeutig festgestellt, dass vor allem die sektiererischen Fehler dazu beigetragen haben, dass viele Genossen keinen klaren Trennungsstrich zwischen richtig und falsch ziehen konnten, dass viele sich, obwohl sie ehrlich für die sozialistische Revolution kämpfen wollten, dadurch verwirrt wurden und auf die falsche Seite, unter die Führung des ZB gestellt haben. Die Partei trägt dafür eine klare Verantwortung. Umso mehr verstärkt sie deshalb die Anstrengungen, um den Kampf für die Einheit in der Roten Garde und in der Partei voranzutreiben.
Wir werden gerade jetzt, wo es für viele Genossen von Euch möglich ist, die Spaltung von 1970 zu überwinden, nicht abseits stehen.

Die Kritik von Genossen Eurer Organisation, die inzwischen in unseren Reihen kämpfen, hat uns bisher bereits sehr geholfen, Fehler aufzudecken und einzelne Abweichungen zu korrigieren. Wir wissen, dass Eure Kritik an den Fehlern der Partei auch heute eine grosse Bedeutung hat. Wir wissen, dass durch Euch die Schlagkraft unserer Partei gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Lakaien wesentlich erhöht werden kann.

VORWÄRTS ZUR EINHEIT IN DER ROTEN GARDE! VORWÄRTS ZUR EINHEIT IN DER KPD/ML!



Altgenosse berichtet...

Liebe Genossen,

ich habe gelesen, dass es jetzt wieder losgeht mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Das ist gut so, auch wir haben früher in der RGO gekämpft.

Der ADGB (Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund),die Hauptgewerkschaft vor dem Krieg, wurde den Arbeitern nicht gerecht. Es war damals so, dass wir 1925 als Lehrlinge, trotzdem wir Mitglieder im ADGB waren, an den 1. Mai-Feiern nicht teilnehmen durften, sonst wären wir entlassen worden. Der ADGB hat sich nicht eingesetzt, sondern hat gesagt: arbeitet mal. Teilnahme an den Maidemonstrationen der RGO bedeutete für uns Lehrlinge fristlose Entlassung.

Dagegen lehnten sich die Arbeiter auf und gründeten eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Innerhalb eines Jahres waren wir so stark, dass wir selbst Streiks organisiert haben gegen die ADGB-Bonzen. Ich war 1928 auf dem 3. Weltkongress der RGO in Moskau, wo auch Stalin war und habe dort die Erfahrung gesammelt, dass eine Einheitsgewerkschaft im proletarischen Sinne das beste ist für die Arbeiterklasse. Deshalb rufe ich alle Kollegen und Kumpels auf, sich zu überlegen, ob der heutige DGB die Interessen der Arbeiter so vertritt, wie man es von einer Gewerkschaft eigentlich verlangen kann.

Deshalb sollten sich die Kumpels und Gewerkschaftskollegen zusammensetzen.Sie müssen wissen, wie schon im Jahre 1928 der ADGB in den Händen der Imperialisten stand. Auf Grund der Bestechungsgelder, die ADGB-Führer von Seiten der Imperialisten erhalten hatten, versuchten sie Streiks zu unterdrücken und erklärten vorhandene Streiks als wilde Streiks.

Die Arbeiter waren unzufrieden und empört darüber und haben sich in der RGO zusammengefunden, die dann die Kollegen aufgeklärt hat trotz vieler Betriebsstrafen und Entlassungen.

Trotzdem haben sie den Mutnicht verloren. Trotz Behinderungen von Kapitalisten und ADGB haben wir dort, wo wir wieder andere Arbeit suchten, uns nicht unterkriegen lassen.

1927 hatten wir den Eisenbahnerstreik. Da hat es mein Vater auf sich genommen und ist jeden Tag 18 km zur Arbeit gelaufen und zurück. 1928 war der grosse Bergarbeiterstreik. Das ging alles; weil wir wussten, wir kämpfen für die Wahrheit im Sinne der Arbeiterklasse. Wir taten das öffentlich bis zum Verbot 1933. Und auch dann ging es weiter, obwohl viele wegen ihrer Überzeugung ins KZ geworfen und dort umgebracht wurden. 1933 wurden wir gezwungen, in die Nazi-Gewerkschaft einzutreten. Wenn der ADGB die Kumpels zum Klassenkampf aufgerufen hätte, wäre das alles nicht passiert.

Ich rufe alle Gewerkschaftskollegen auf, prüft einmal,welche Arbeit jetzt die einzelnen Abteilungen der Gewerkschaft tun, um dem Arbeiter zu helfen. Sie verwerten doch ihre ganze Kraft, ob IGBE oder IG Bau, Steine, Erden usw., um die Herren Grubenbarone und die Herren von Steine und Erden zu schützen. Für unsere Interessen treten sie jeden-

**ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07**

Opelarbeiter:"Ich bin dabei!"

Opel Rüsselsheim; 15. 12. 72

An unsere Arbeiterzeitung!

"Wählt den Klassenkampf!", das ist genau die Sprache, die ich als Akkordarbeiter verstehe. Ich hatte schon vor, die DKP zu wählen, weil ich der Ansicht bin, dass mir als Arbeiter im Betrieb und auch so nur eine kommunistische Politik helfen kann. Das habe ich bei der DKP zwar immer vermisst, aber ich dachte, Kommunistische Partei, besser als die anderen Parteien.

Die Arbeitshetze bei Opel Rüsselsheim nimmt immer schärfere Formen an. In der letzten Zeit wurden bei uns die Bänder um 20 Wagen pro Schicht heraufgeschraubt. Wenn ich mich als einziger dagegen auflehne, dann heisst es: Sie können sich ja eine andere Arbeit suchen. Das wollte ich dann auch. Habe festgestellt, dass die Ausbeutung überall in Westdeutschland enorm vorangetrieben wird. Alleine kann ich dagegen gar nichts machen, das ist mir klar.

Ich habe Genossen der KPD/ML kennengelernt und habe gemerkt, dass sie von dem gleichen Kampfgeist beseelt sind; wie mein Grossvater (ein Bergmann), der damals als Rotfront-Kämpfer an den Ruhrkämpfen teilgenommen hatte.

Jede Regierung hat uns immer viel an Reformen versprochen. Was kam, waren im Dezember über 1000 DM Abzüge auf dem Lohnzettel. Ich bin bestimmt ein friedlicher Mensch,der immer ehrlich sein Brot verdient hat. Aber was zuviel ist, ist zuviel. Ich habe begriffen, dass wir kämpfen müssen um die Macht im Staat. Einen anderen Weg gibt es nicht, um die Ausbeuter zu entmachten.

Ich werde hier den Antrag stellen, mich hier in die Reihen der Kämpfer aufzunehmen, und ich werde meinen Teil dazu beitragen, bis die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

**Es lebe die KPD/ML!
Es lebe das kämpfende Proletariat!
Es lebe der Kampf aller Unterdrückten!
Mit solidarischen Arbeitergruss
ROT FRONT
Ein Kollege von Opel Rüsselsheim**

MIT PANZERN

Proletarischer...

Genossen,

Im Namen des Komitees Hessen unserer Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) möchte ich einen brüderlichen und kämpferischen Gruss an die KPD/ML, unsere deutsche Bruderpartei, ihr Zentralkomitee und besonders an Genossen Ernst Aust richten

Wir begrüssen die kämpferische Aufopferungswilligkeit die Unnachgiebigkeit in den Prinzipien, die Festigkeit und Kampfentschlossenheit, die unsere deutschen marxistisch-leninistischen Brüder bewiesen haben vom ersten Augenblick der Parteigründung bis heute. Sie haben mutig den Angriffen des westdeutschen Imperialismus und allen Versuchen widerstanden, die Partei und damit die organisierte Avantgarde des deutschen Proletariats auszulöschen und damit die Arbeiterklasse in die Hände von Revisionisten, Liquidatoren und anderen opportunistischen Strömungen geraten zu lassen...

Wir bekräftigen nochmals unsere festesten Wünsche, unsere Reihen zur Verteidigung der brüderlichen Einheit zu schliessen, indem wir eine unzerstörbare Mauer gegen die Revisionisten und Konsorten bilden, gegen die Agenten des Feindes, welche grosse Anstrengungen machen, um die Arbeiterklasse in der Dunkelheit zu belassen und sie ins Schlepptau der Reaktion zu ziehen. Der Marxismus-Leninismus ist unvereinbar mit der Bourgeoisie. Deshalb ist es unsere Pflicht, ohne Unterbrechung zu kämpfen, bis wir die Grundlagen der unterdrückenden kapitalistischen Produktion mit der Wurzel ausgerissen und zerstört haben und dadurch den Weg zur echten Freiheit und zum wirklichen Frieden geöffnet haben.

Wir bekräftigen unseren Wunsch, unsere Beziehungen noch enger zu machen und sie auf eine höhere Ebene zu heben, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien der gegenseitigen Zusammenarbeit, der gegenseitigen Hilfe, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, indem wir uns bemühen, den PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS nach allen Kräften anzuwenden und indem wir die Solidarität mit den Völkern, die um ihre Befreiung kämpfen, vestärken.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um den aufrichtigen Dank an unsere deutsche Bruderpartei zu sagen, für die grosse Hilfe, die sie uns in jedem Augenblick leistet im Kampf, den wir in diesem Land führen gegen die francistische Diktatur und ihre Herren, die Yankee-Imperialisten, für die Befreiung unseres Volkes.

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/MARXISTEN-LENINISTEN!

ES LEBE DIE PCE/ML!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

...alls nicht ein.

Wir müssen ihnen zeigen, dass wir uns das nicht länger gefallen lassen, und ihnen die Stirn bieten. Im Namen der Arbeiterklasse müssen wir alles in Bewegung setzen, für den proletarischen Kampf.

Genossen,

ich möchte Euch zu der im RM Nr. 20 begonnenen Diskussion über die Art der Berichterstattung im RM auch meine Ansicht mitteilen und hoffe, dass sie auch in den nächsten Ausgaben noch fortgeführt wird.

Vorausschicken möchte ich, dass es der Zeitung der Partei der Arbeiterklasse nicht darum gehen kann und sollte, 'objektiv' zu berichten, wie der Schreiber der ersten Kritik es wünscht. Ganz abgesehen davon, dass jede Meinungsäusserung, in welcher Form auch immer, von Parteilichkeit gekennzeichnet ist, ob man sich dieser Tatsache bewusst ist oder nicht, gehört das Gerede von der 'Objektivität' der Darstellung in den Sprachgebrauch einiger bürgerlicher Blätter, die ihre wahren Interessen und Parteinahmen dadurch oft verschleiern wollen. Uns muss es im Gegensatz dazu darum gehen, im RM Informationen zu verbreiten, die offen von der Parteinahme für das Proletariat gekennzeichnet sind, die die Leser befähigen, die politische Lage richtig einzuschätzen und die den RM zu einer scharfen Waffe in ihrer Hand werden lassen, d.h. nichts anderes, als dass Über- und Untertreibungen unbedingt vermieden werden müssen.



'Die große Freundschaft' heißt ein Gemälde von D. A. Nalbandian. Es symbolisiert die unauslöschliche Freundschaft zwischen den sowjetischen und chinesischen Völkern. Diese Freundschaft kann durch die Hetze und Kriegsdrohungen der neuen Zaren im Kreml nicht zerstört werden.

GEGEN KINDER

Liebe Genossen!

Ich bin gebürtige Polin und die meisten Verwandten unserer Familie leben noch in diesem Land. Und so sieht das Leben in diesem angeblich sozialistischen Land aus:

Vor kurzem besuchte uns eine alte Tante aus Polen. Sie erzählte mir unter anderem, dass sie diese Besuchsfahrt zu ihrem Sohn sage und schreibe 6 Monatsrenten gekostet hätte. Warum? Weil sie an jeder Behörde um einige hundert Zloti ärmer wurde. Für jeden offiziellen Stempel kann die arbeitende Bevölkerung eine Reihe von Bestechungsgeldern zahlen, ohne die dieser so 'proletarische' Staat seine 'Dienste nicht zur Verfügung stellt.

Aber nicht nur, dass das gesamte öffentliche Leben Polens von Korruption und Bestechung nach dem Vorbild der kapitalistischen Länder geprägt ist. Dazu kümmert sich kaum ein Funktionär und kaum ein Beamter um die Sorgen der Massen.

Dieselbe Tante bekam nach langer Zeit Bescheid, dass sie ihren Sohn in der BRD besuchen dürfe. Sie musste nur noch die offizielle Besuchsgenehmigung vom Bezirksamt abholen. Also machte sich die 78-jährige kranke Frau auf den Weg. Dort eröffnete man ihr, dass die vorrätigen Genehmigungen bereits alle ausgegeben seien und sie eben nicht zum Sohn fahren könne. Als einzigen Rat konnte man ihr geben, zur etwa 100 km entfernten Stadt Kotowice zu fahren und es dort noch mal zu versuchen, obwohl die Chancen gleich Null stünden. Die kranke Frau machte sich also nochmals auf den Weg. Auch in Kotowice speiste man sie mit einer ähnlichen Begründung ab. Die einzige Antwort: "Nun, dann können Sie Ihren Sohn eben nicht wiedersehen." Hier besann sich die Frau auf die altbewährte Praxis der Bestechung, die sie in den vielen Jahren gelernt hatte. Sie schob dem Beamten 1 000 Zloti hin und siehe da, auf einmal gab es für sie die offizielle Besuchserlaubnis.

Wenn jemand meint, dieser Vorfall wäre eine Ausnahme, dann soll er nur 1 Jahr in diesem Lande leben und er ist eines Besseren belehrt. Zur Frage, wie eine revisionistische Regierung auf Proteste der Bevölkerung reagiert, nur ein Beispiel:
Im letzten Jahr demonstrierten Realschüler in den Strassen von Katowice. Das waren Kinder von 10-14 Jahren. Gegen sie setzte der Staat Panzer ein, um den Widerstand zu brechen. Das zeigt die riesige Angst, die die Revisionistenclique in Warschau vor einer Volksbewegung hat und zugleich, wie schwach dieses revisionistische Regime ist. Und die Bonzen in diesem Staat können auch Angst vor der Bevölkerung haben, denn die Erinnerungen an einen wirklichen sozialistischen Staat sind noch sehr lebendig, was nicht zuletzt der Aufstand von Gdansk im Dezember 1970 beweist.

Genossen, diese Beispiele sollen für heute genügen. Sollen diese Erlebnisberichte beitragen, die Revisionisten auch anhand solcher Erfahrungen aus dem täglichen Leben zu schlagen.

Rot Front
Genossin aus Dortmund

Internationalismus

Die KPD/ML sendet der PCE/ML die wärmsten revolutionären Grüsse zum 8. Jahrestag der Gründung ihrer Partei.

Schon seit Jahrzehnten kämpft das spanische Volk heldenhaft gegen Faschismus und Imperialismus. Unter ungeheurem Jubel hatte das spanische Volk 1931 die Republik erkämpft und die Monarchie zum Teufel gejagt. Nur durch die reaktionäre Oligarchie und den Faschismus, in engster Kollaboration mit dem damaligen internationalen Faschismus, konnte dem spanischen Volk die schwarze Macht des Faschismus aufgezwungen werden.

3 Jahre, von 1936 – 1939 war die Sturmspitze des antifaschistischen Widerstandes in Spanien.

Aus aller Welt strömten die antifaschistischen Kämpfer zusammen, um Schulter an Schulter mit dem spanischen Volk gegen den Faschismus und die europäische Reaktion zu kämpfen.

Hitler und Mussolini wurden 1945 gestürzt. Nur in Spanien erhielt sich trotz des nicht nachlassenden Widerstandes des spanischen Volkes der Franco-Faschismus an der Macht. Dies konnte er nur durch die Unterstützung des US-Imperialismus, nachdem Spanien 1953 durch schädliche Verträge mit den US-Faschisten an die Yankees verkauft worden war.

Besonders ab 1962 hat der Kampf des spanischen Volkes einen ungeheuren Aufschwung erfahren, wobei sich immer klarer der Verrat der revisionistischen Clique, Carillo-Ibarrori an der KP Spanien herausstellte. Nach hartem Kampf gegen den Revisionismus innerhalb der entarteten Partei wurde 1964 die PCE/ML gegründet.

Durch ihren unnachgiebigen Kampf gegen den Revisionismus, der mit seinem 'Pakt für Freiheit' das spanische Volk endgültig den Faschisten ausliefern will, steht die PCE/ML heute an der Spitze der Klassenkämpfe in Spanien. Die PCE/ML greift entschlossen die republikanischen Gefühle des Volkes auf und kämpft erbittert gegen den US-Faschismus. Unter Führung der PCE/ML wird in Spanien die Föderative Volksrepublik errichtet werden.

Die PCE/ML findet als antirevisionistische Partei weltweite Anerkennung. Auch die KPD/ML ist sich bewusst, dass sie von der PCE/ML lernen kann.

Die KPD/ML ist sich auch ihrer internationalistischen Pflicht bewusst, den marxistisch-leninistischen Bruderparteien jegliche Unterstützung zu geben. Die beste Unterstützung für das spanische Volk und alle unterdrückten Völker der Welt ist es, den Klassenkampf im eigenen Land voranzutreiben, die Revloution hier in Deutschland durchzuführen. Wir werden unsere Zusammenarbeit, die wir in der Vergangenheit gezeigt haben, weiter verbessern und in Zukunft verstärken.

Die KPD/ML ist sich gewiss, dass die PCE/ML in Zukunft noch grössere Erfolge erringen wird und den Kampf gegen den Yankee-Faschismus siegreich beenden wird.

ES LEBE DER KAMPF DES SPANISCHEN UND DES DEUTSCHEN VOLKES!

Arbeiter in der Kur:

Maul halten,oder raus!

INGOLSTADT (RM). Im Zentralkrankenhaus Gauting, dem Lungensanatorium der Landesversicherungsanstalt Oberbayern (LVA-Obb.) liegen ungefähr 4-5000 Patienten. Fast alles sind Arbeiter und untere Angestellte, die von ihrer Krankheit geheilt werden sollen. Die meisten haben TBC. Unterhält man sich mit den Kollegen, merkt man bald, was diese Krankheit für einen Klassencharakter trägt: Viele der Kollegen wohnten oder wohnen noch in unzumutbaren Wohnungen. Ein Arbeiter z.B. erzählt, daß seine Möbel nach drei Jahren verfault waren, weil in seiner Wohnung das Wasser von den Wänden lief. Andere wieder berichten, daß sie sich im Betrieb angesteckt hätten, weil die Krankheit bei einem Kollegen nicht rechtzeitig erkannt und behandelt wurde.

Das kann den Bonzen in ihren Palästen natürlich nicht passieren. Sollte trotzdem einmal sich einer anstecken, oder sollte er einmal keine Luft mehr kriegen, weil sein Bauch und seine Zigarren immer dicker werden, dann kommt er natürlich nicht nach Gauting, sondern nach Genf oder Davos, um sich auszukurieren.

So aber sieht es in Gauting aus:

In der Gautinger 'Mottenburg' herrschen 'Zucht und Ordnung'. Wer sich beschwert, wer aufmuckt, der fliegt. So z.B. ein Kollege, der sich darüber beschwerte, daß er zum Frühstück eine Marmelade erhielt, auf der geschrieben stand: Haltbarkeitsgrenze 1970.

Ein anderes Beispiel: Mehrere Kollegen sassen gegen 21 Uhr im Aufenthaltsraum von B II und sangen Lieder. Als ihnen das verboten werden sollte, machten die Kollegen klar, dass erst ab 22 Uhr Nachtruhe sei und sie sich das Singen nicht verbieten lassen. Da kam der Stationsarzt und schrieb 5 der Kollegen auf. Zwei wurden in ein anderes Sanatorium geschickt, drei entlassen. Entlassen heisst in diesen Fällen

Vor kurzem begannen die Kollegen, sich gegen das saumässige Essen zu wehren, das ihnen vorgesetzt wird. Sie schrieben einen Beschwerdebrief und sammelten dazu Unterschriften. Die Patienten der Stationen B I und B II unterschrieben und der Brief ging an die LVA. Daraufhin kreuzte der Chefarzt der Mottenburg, Dr. Blaha, mit ein paar Verwaltungsmuffeln der LVA auf der Station B III auf, und fragte dort die Patienten, ob sie mit dem Essen zufrieden wären. Da die Kollegen in dieser Station bereits seit zwei Tagen besseres Essen bekamen als die andern und ausserdem nichts von der Beschwerde wussten, äusserten sie sich befriedigt über das Essen. Damit war für die Herren der Fall erledigt und das Essen auf B III wurde auch wieedr schlechter.

Blaha:
Na, hat Jhnen
unser Essen
wieder

Bei diesem Rundgang stellte Chefarzt Blaha (wie fast immer) seine freundschaftlich-schulterklopfende Art zur Schau. Sein wahres Gesicht dagegen zeigte er bei der Versammlung mit den Kollegen von B I und B II. Dort erklärte er unverblümt, dass wir hier auf 'Staatskosten' leben würden und dass wir, wenn wir schon den ganzen Tag nichts täten, gefälligst das Maul zu halten hätten.

Die Kollegen waren natürlich empört über diese Unverschämtheit. Sie haben aber auch etwas dazugelernt: Die Bonzen scheren sich einen Dreck um eine Unterschriftenliste allein. Zusätzliche Kampfmassnahmen müssen da organisiert werden. Ausserdem müssen wir die Kollegen aller Stationen ansprechen und auch die Kollegen vom A- und D-Bau. Gemeinsam sind wir stark!

Und noch eines: Die Kollegen, die in die Betriebe zurückkehren werden, haben jetzt auch im Gautinger Sanatorium erfahren, dass in diesem Staat alles vom Interesse der Kapitalisten bestimmt wird und der Arbeiter nichts zu melden hat. Die Gesundheit der Arbeiter ist denen ein Dreck wert, wenn sie keinen Profit mehr bringt, oder wenn die Arbeiter sich gegen diesen Ausbeuterstaat zu wehren beginnen. Die Kollegen werden in den Betrieben darüber zu berichten wissen. Der Haß gegen die Blutsauger am arbeitenden Volk wird sich immer breitere Bahn brechen. Der revolutionäre Zusammenstoß und der Sieg über den Klassenfeind lassen sich nicht verhindern.

Bochumer Giftskanda

Kapitalismus auf der Anklagebank

Zwei Millionen Menschen waren nach den Angaben de hörden durch die Giftsalzablagerungen auf der Gerther Müll bedroht. Nach denselben Angaben war die Trinkwasserve gung nicht nur im Ruhrgebiet, sondern weit darüber hinau in Teile Hollands gefährdet.
Diese Angaben werden von Behörden gemacht, die sich, der ganze Prozessverlauf zeigt, alle Mühe geben, die Sach verharmlosen und das Volk zu beschwichtigen. Mit allem Gr hat doch der Prozess gezeigt, dass die Behörden in einer W die ungeheuerlichen Machenschaften der Herren Maluga, Sc horn und Konsorten gefördert und gedeckt haben, die im h sten Mass verbrecherisch sind.

Und das Gericht? Genau der gleiche Sumpf von Korruption und Kumpanei! Maluga erhielt 18 Monate Gefängnis, Schelhorn 9 Monate mit Bewährung! Die angeklagten Fuhrunternehmer lächerliche Gelstrafen zwischen 500 und 5000 DM.

Kollege, du bist auch fassungslos von Zorn über diese Urteile?

Es kommt noch schlimmer. Es ist bekannt, dass am 13.12. einer der Angeklagten eine Erklärung abgab, aus der zu entnehmen ist, dass auch auf den Müllkippen in Langendreer, Weitmar und Dortmund-Marten Giftsalz abgeladen ist. Und was ist daraufhin passiert? Gar nichts!

Auf Grund "relativ vager Aussagen" könne man nicht "**unter grossem Kostenaufwand**" die anderen Kippen umbuddeln, erklärte der Rechtsdezernent der Stadt Bochum, Dr. Damstadt. "Relativ vage Aussagen" – Das ist doch eine Frechheit! Schliesslich gibt es nicht nur die eine Aussage in diesem Prozess. Schon in der WAZ vom 25. November findet sich folgender Hinweis: "Korn soll auch im Februar 1971 als acht Fässer auf

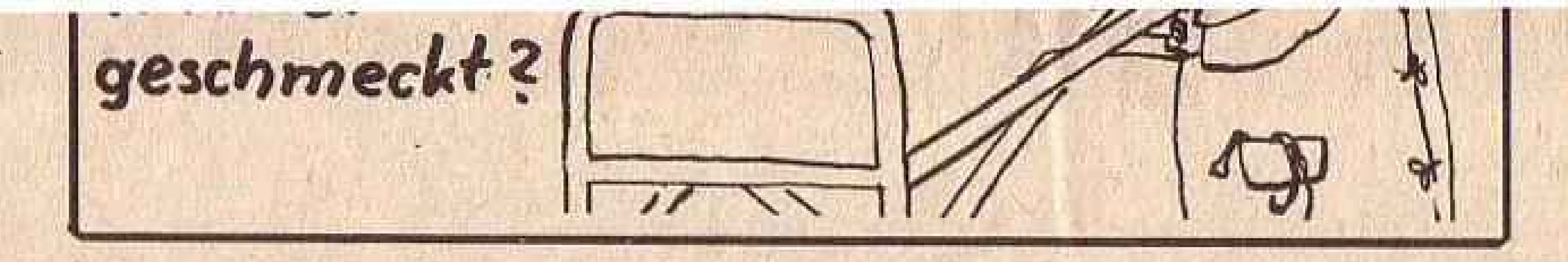
mungen ersucht haben. Per nung **nachgewiesene Fahrt anderen Deponien in Langen und Marten erklärte er als 'Tri um Marten übers Ohr zu hau** (Hervorgehoben von der R tion)

Die Tatsachen liegen auf der Hand. Bloss die B den und die Polizei sehen nicht. Weil sie sie nicht s wollen! Weil ihnen der Sc einiger Kapitalisten-Geld wichtiger ist als das Leben die Gesundheit der werktä Bevölkerung!

Wenn es nämlich nicht u Verbrechen der Kapitalisten dann entwicklen die gleiche hörden und die gleiche Po plötzlich ungeheuren Eifer. W es darum geht, Leute vors Ge zu holen, die gegen dieses brecherische kapitalistische sten kämpfen, dann geht es gar ohne Beweise, dann wir les getan, um sie mögl schnell hinter Schloss und Ri zu bringen.

So droht dem Vorsitze unserer Partei, dem Geno Ernst Aust lebensläng Zuchthaus wegen 'Hochve So wurden zwei Tage vor de

'aus disziplinarischen Gründen entlassen'. Das bedeutet, dass die Kollegen keinen Pfennig Krankengeld mehr bekommen. Da sie meist noch nicht arbeitsfähig sind, können sie dann zusehen, wie sie zurecht kommen.

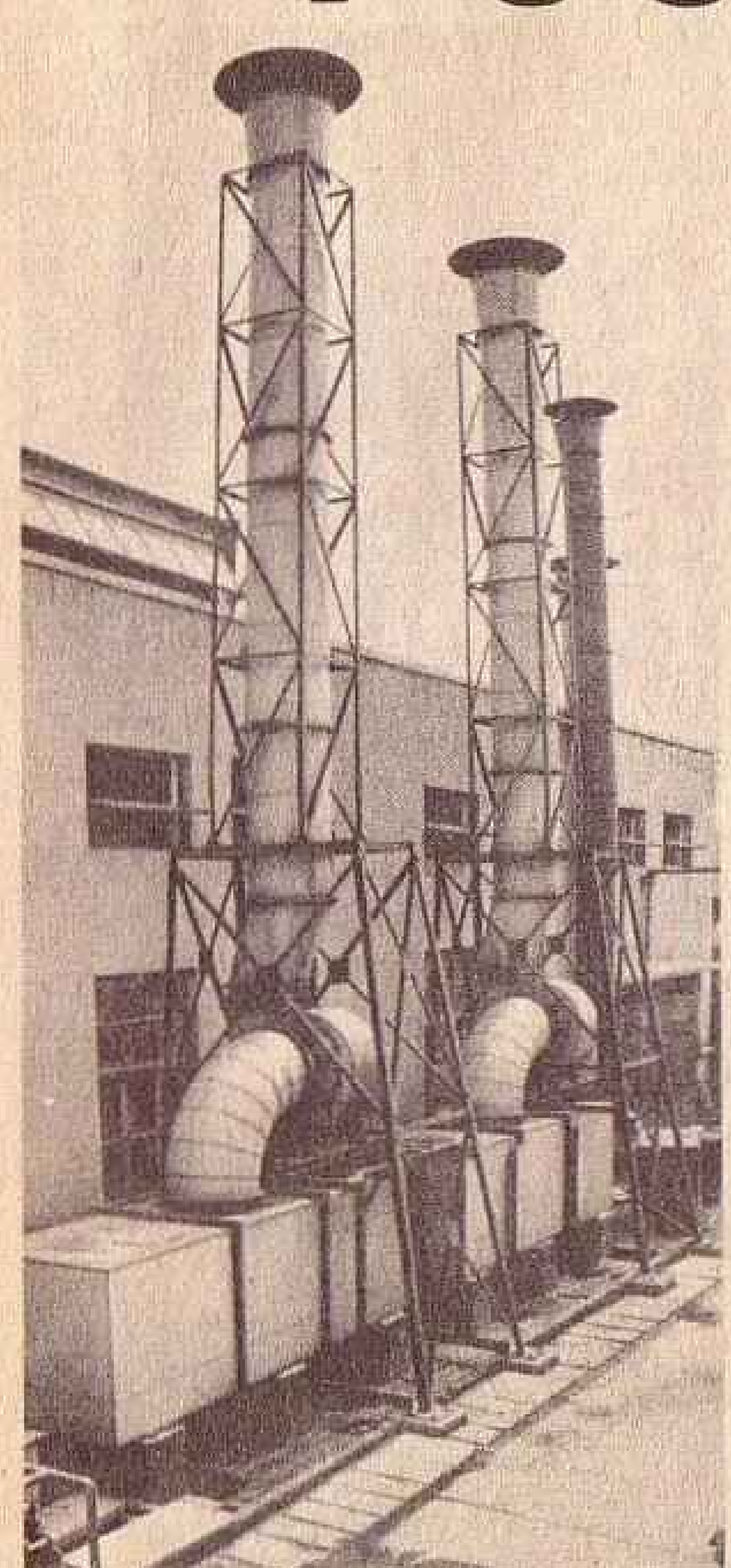


ruar 1971, als acht Fässer auf der Kippe gefunden wurden und es 'einige Unruhe gab'. Herrn Maluga um die schriftliche Bestätigung für die Statthaftigkeit und Ungefährlichkeit der Unterneh-

... teilen von Bochum die Heidelberger Mitglieder des Sozialistischen Patientenkollektives viereinhalb und drei Jahren ... fängnis verurteilt. Das Verbrechen der Mitglieder des SPK stand letzten Endes darin, d... sie versuchten, einen Weg ... Veränderung dieses gesellschaftlichen Systems zu finden. K... wirkliches Verbrechen im Si... des bürgerlichen Gesetzbu... konnte ihnen nachgewiesen ... den.

Kollege, auch du bist emp... über diese Ungerechtigke... Vielen geht es wie dir. Und d... halb sollen sich Maluga ... Schelhorn mitsamt den ande... kapitalistischen Verbrechern ... ihren Komplizen in den Behörden in der Justiz nicht zu früh frei... Sie kriegen ihre Strafe noch. Da... wenn die Arbeiter und die an... ren Werktätigen unter Führ... der KPD/ML diesen Staat hinw... fegen und die Diktatur des P... letariats errichten werden.

Kampf gegen Umweltverschmutzung in China



Durch die hier abgebildeten Reinigungsanlagen gewinnt das Schanghaier Galvanisierwerk Guangming aus dem Abgas Chromsäure zurück, wodurch die vom Staat aufgestellten hygienischen Normen für restliche Abgase erreicht werden.

Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in China geht mit Riesenschritten voran. Wir finden heute in China Industriestädte wie bei uns auch. Aber der Aufschwung der Industrie, die Entstehung von großen Industriestädten bringt natürlich auch in China Probleme mit sich. Je mehr produziert wird, desto mehr nehmen Abgase, Abwässer und Abfälle zu.

Der Unterschied ist nur der: in China werden die Flüsse nicht zu Kloaken, die Luft nicht zu einem gesundheitsgefährdenden Gas, die Müllhalden nicht zu Giftküchen wie beispielsweise in Bochum.
Denn in China wird nicht nur auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit der Kampf gegen die Umweltverschmutzung geführt.

Nehmen wir ein Beispiel: In den Galvanisierungsbetrieben wurde lange Zeit Cyanid als Komplexbilder benutzt. Dabei entstanden Abwässer und Abgase, die die Wasserquellen vergifteten, die Luft verpesteten und die Gesundheit der Arbeiter ernstlich gefährdeten.

Das konnte nur geändert werden, wenn ein neuer, ungiftiger Komplexbilder gefunden wurde. Das bedeutete: mehr Zeitaufwand, mehr Mühe und mehr Geld.

Aber trotzdem bestanden die Arbeiter auf der Entwicklung neuer technologischer Verfahren. Denn Mao Tse-Tung hat gesagt: "Es ist unsere Pflicht, dem Volke gegenüber verantwortlich zu sein." Ein Arbeiter drückte das so aus: "Wir haben doch nicht Revolution gemacht, um wie die Kapitalisten nur aufs Geldmachen zu schauen! Nur auf das zu schauen, was einem vor der Nase liegt, ohne Rücksicht auf die lange Sicht, nur an sich selber denken, statt ans Ganze, das ist der allergrösste Verlust."

So beschäftigten sich die Arbeiter mit den Erfahrungen, die schon in anderen Betrieben im Kampf gegen die Umweltverschmutzung gesammelt worden waren und entwickelten nach einer Reihe von praktischen Versuchen einen neuen Komplexbilder, der die Anwendung von Cyanid überflüssig machte. Inzwischen ist dieses neue Verfahren in den meisten Galvanisierungsbetrieben in Gebrauch.

In anderen Betrieben wird versucht, aus schädlichen Abfällen durch chemische Prozesse wichtige Grundstoffe herauszukristallisieren. So in einer elektrochemischen Fabrik in Shanghai. Hier waren bisher in der Abteilung für Fluorwasserstoffsäure fluorhaltige Abgase entstanden. Dieses Abgas ist giftig für die Menschen, gefährdet Feldfrüchte und zerfrisst Bauwerke. Die Arbeiter nun haben es geschafft, aus diesem Gift das für die Schmelze von Aluminium wichtige Rohmaterial Kryolith zurückzugewinnen. Schädliches wurde in Nützliches verwandelt.

Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung ist also erfolgreich zu führen – unter einer Bedingung: Wenn nicht die kapitalistischen Blutsauger was zu sagen haben, sondern die werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse.



Am Flotationsbecken beraten sich Arbeiter und Techniker übe... den Reinigungsverlauf der Abwässer.

Kontaktadresse: